

DAS FÜNF-GENERATIONEN-HAUS  
ALT ÜBERSTIMMT JUNG  
ÜBERLEBEN IM KLIMAWANDEL  
SCHULDEN SUCHE ERBEN  
ARBEITEN BIS 80  
BILDUNGS-REVOLUTION  
IN DER ALTEN-WG  
HOFFEN AUF MIGRANTEN

*Arena Analyse 2015*

# Generationen-Fairness

Walter Osztovics  
Andreas Kovar  
Bettina Fernsebner-Kokert

## Edition Kovar & Partners

### Edition Kovar & Partners

Unternehmerische Entscheidungen können selten vollständig autonom gefällt oder umgesetzt werden. Anspruchsgruppen aus Politik und Gesellschaft fordern Einfluss und definieren damit Handlungsspielräume von Unternehmen und Projekten neu. Obwohl das Umfeld a priori meist nicht feindlich gesinnt ist, prallen immer wieder unterschiedliche Interessen aufeinander – mitunter zum Nachteil für die wirtschaftlichen Ziele, die Reputation und den Wert eines Unternehmens.

Erfolgreiches Public Affairs Management dient aber nicht nur der Abwehr dieser Gefahren und dem Risikomanagement. Ziel ist das Erkennen gesellschaftlicher Entwicklungen, um dieses Wissen als Grundlage für wettbewerbsfähigere Lösungen und für die Mitgestaltung politischer Entwicklungen zu nutzen.

In Mitteleuropa ist Public Affairs Management eine relativ neue Unternehmensfunktion. **Kovar & Partners** investiert daher in die Forschung und Entwicklung des europäischen Public Affairs Managements. Diesem Ziel dient auch die vorliegende Buchreihe.

In der Serie **Edition Kovar & Partners** erscheinen Publikationen zu Themen an der Schnittstelle von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Der Bericht bemüht sich um eine gendergerechte Sprache, aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird dennoch an manchen Stellen die grammatikalisch männliche Form verwendet.

Walter Osztovics, Andreas Kovar, Bettina Fernsebner-Kokert:  
Generationen-Fairness – Arena Analyse 2015

Erschienen in der Reihe Edition Kovar & Partners  
Wien 2015

© Kovar & Partners  
Alle Rechte vorbehalten

Printed in Austria  
Satz und Layout: Kovar & Partners, Wien  
Umschlag: cdc | brandcreation, Wien  
Herstellung: Druckerei Robitschek

## **Arena Analyse 2015**

# **Generationen-Fairness**

### **Inhalt**

---

	<b>Untersuchungsdesign und Fragestellung</b>	<b>2</b>
<b>1.</b>	<b>Ausbeuter wider Willen</b>	<b>4</b>
	<b>Im Dickicht der guten Absichten</b>	<b>6</b>
	<b>Zum Begriff der Fairness</b>	<b>9</b>
	<b>Zum Begriff Generation</b>	<b>11</b>
<b>2.</b>	<b>Das Fünf-Generationen-Haus</b>	<b>13</b>
<b>3.</b>	<b>Alt überstimmt Jung</b>	<b>18</b>
	<b>Das Wahlalter als Hebel für Generationen-Fairness</b>	<b>19</b>
	<b>Die pragmatischen Jungen und die Demokratie</b>	<b>20</b>
<b>4.</b>	<b>Überleben im Klimawandel</b>	<b>22</b>
<b>5.</b>	<b>Schulden suchen Erben</b>	<b>25</b>
<b>6.</b>	<b>Arbeiten bis 80</b>	<b>31</b>
	<b>Im Mehr-Generationen-Unternehmen</b>	<b>32</b>
	<b>Lebensarbeitszeit neu</b>	<b>33</b>
	<b>Die ausbalancierte Generation Y</b>	<b>35</b>
<b>7.</b>	<b>Bildungs-Revolution</b>	<b>37</b>
	<b>Kreativität und Innovation</b>	<b>39</b>
	<b>Wettbewerb und Internationalität</b>	<b>40</b>
<b>8.</b>	<b>In der Alten-WG</b>	<b>42</b>
	<b>Das Generationen-Patchwork</b>	<b>43</b>
	<b>Die jungen Alten pflegen die alten Alten</b>	<b>45</b>
	<b>Die digitale Generationen-Kluft</b>	<b>47</b>
<b>9.</b>	<b>Hoffen auf Migranten</b>	<b>48</b>
<b>10.</b>	<b>So what? Schlussfolgerungen und Empfehlungen</b>	<b>53</b>
	<b>Teilnehmerinnen, Teilnehmer und Danksagung</b>	<b>58</b>
	<b>Autoren</b>	<b>63</b>

## Untersuchungsdesign und Fragestellung

---

Die Arena Analyse wird von Kovar & Partners seit 2006 jedes Jahr durchgeführt und hat das Ziel, sogenannte Emerging Issues zu identifizieren und zu analysieren. Für ein Public Affairs Beratungsunternehmen, das wie Kovar & Partners am Schnittpunkt von Politik und Wirtschaft arbeitet, ist es unerlässlich, Instrumente der Früherkennung von politischen Entwicklungen zur Hand zu haben – vor allem, weil die Komplexität der politischen Prozesse es notwendig macht, mit der Vertretung von Interessen möglichst früh zu beginnen.

Die Methodik, die dabei zur Anwendung kommt, baut auf der Issue Theorie auf, die unter anderem besagt, dass Issues, bevor sie eskalieren, eine Latenzphase durchlaufen, in der sie den jeweiligen Fachexperten bereits bekannt sind und in Fachkreisen auch bereits diskutiert werden, aber noch nicht die Schwelle zur Wahrnehmung durch eine größere Öffentlichkeit oder durch die Politik erreicht haben. In dieser Phase ist es daher möglich, durch Befragung einer ausreichend großen Anzahl von Expertinnen und Experten frühzeitig zu erfahren, welche größeren Themen unter der Oberfläche schlummern.

Das Untersuchungsdesign besteht aus den folgenden Schritten:

1. Befragung von Expertinnen und Experten mit einer möglichst offenen Fragestellung, um das gesamte Feld der möglichen Issues einzubeziehen. Die Befragten kommen dabei bunt gestreut aus vielen fachlichen und gesellschaftlichen Bereichen – auch diese Streuung dient der Sicherstellung der Vielfalt.
2. Die Antworten der Expertinnen und Experten werden gesammelt und geclustert. Dabei sollen Muster offengelegt und die ursprüngliche Komplexität reduziert werden.
3. Daraufhin erfolgt die Schluss-Auswertung. Das Ergebnis ist jener Bericht, den Sie hier in Händen halten.

Die Arena Analyse 2015 wurde in Kooperation mit der Tageszeitung „Der Standard“ sowie der Wochenzeitung „Die Zeit“ (Österreich-Ausgabe) durchgeführt. Zeitgleich mit dem Erscheinen des Schlussberichts veröffentlichten sowohl „Die Zeit“ als auch „Der Standard“ ausführliche Essays, die sich in journalistischer Form den Ergebnissen der Arena Analyse widmen.

Hier die vier gestellten Fragen im Wortlaut:

1. Welche Aspekte des Themas Generationen sind Ihrer Ansicht nach noch nicht auf der politischen Agenda, die aber aufgrund ihrer Wichtigkeit behandelt werden sollten? Welche Aspekte wurden in den Medien noch kaum aufgegriffen?

2. Was sind Ihrer Ansicht nach die konkreten Hintergründe und Ursachen der einzelnen Aspekte? Welche Konflikte und Probleme verbergen sich jeweils dahinter?
3. Welche plausiblen Szenarien können Sie sich vorstellen? Welche künftigen positiven oder negativen Entwicklungen sehen Sie?
4. Bitte nennen Sie - lediglich in Stichworten - die Aspekte, die im Gegensatz dazu von der Politik und in den Medien bereits breit diskutiert werden, auch wenn noch keine befriedigenden Lösungen in Sicht sein sollten.

Bei allen kursiv gesetzten Passagen im vorliegenden Bericht handelt es sich um wörtliche Zitate aus den großteils schriftlichen, zum Teil auch in mündlichen Interviews gelieferten Beiträgen. Wie immer wurde den Teilnehmerinnen und Teilnehmern an der Arena Analyse zugesichert, dass ihre Beiträge nicht namentlich wiedergegeben werden. Aus den schriftlichen oder im Wege von Interviews gelieferten Beiträgen wird daher durchgehend anonym zitiert.

## 1. Ausbeuter wider Willen

---

Schon vor zwei Jahren erregte der US-Ökonom Laurence J. Kotlikoff Aufsehen mit einem Buch, dessen Titel „The Clash of Generations“ direkt harmlos klingt, gemessen am kämpferischen Inhalt. Kotlikoff und sein Co-Autor Scott Burns vertreten dort die These, dass die Generation, die derzeit in den Industriestaaten am Ruder ist, auf Kosten der Nachgeborenen lebt. „Wir führen Krieg gegen unsere eigenen Kinder“, hat Kotlikoff seine These mittlerweile in Dutzenden Interviews schärfer formuliert und verwendet auch andere, um nichts weniger drastische Vergleiche, etwa das von der imperialistischen Ausbeutung der noch Ungeborenen oder von der De-facto-Enteignung der Enkelgeneration.

Die Instrumente, mit denen wir diesen Krieg führen, diese Ausbeutung über Generationen hinweg durchsetzen, sind zum einen hohe Staatsschulden, zum anderen Systeme der Altersversorgung, bei denen Leistungen vertraglich zugesichert, aber durch die aktuelle Wertschöpfung nicht gedeckt sind. Dazu kommt die ökologische Verwüstung des Planeten, der irreparable Schaden am Klima, das rücksichtslose Aufbrauchen von Ressourcen – vom Leerfischen der Ozeane bis zum Abholzen der Regenwälder. *„Alle abzutragenden Lasten werden in die Zukunft überwältigt und damit den Jungen aufgebürdet“*, formuliert es ein Teilnehmer der Arena Analyse knapp.

Wir sind uns all dieser Hypotheken durchaus bewusst, mit denen wir das kommende Jahrhundert belasten. Aber zu einer Änderung unseres Verhaltens können wir uns einfach nicht aufraffen. Von Klimagipfel zu Klimagipfel, von einem Stabilitätspakt zum anderen, von einer Pensionsreform zu nächsten bieten wir immer das gleiche Bild: Aufrüttelnde Analysen, hehre Absichtserklärungen, sogar Maßnahmenpakete, aber sobald die Folgen der Reformen unangenehm spürbar werden, versanden sie schnell und unauffällig. Das Sündenregister der Gegenwart lässt gar keine andere Interpretationen zu: Wir sind eine rücksichtslos egoistische Generation, die über ihre Verhältnisse lebt und keine Sekunde an die Welt nach uns denkt. Wir sind noch schlimmer als die leichtsinnigen Grafen des Fin de siècle, die uns bei Balzac, Dostojewski oder Joseph Roth begegnen, die in den Casinos der jeweiligen Hauptstädte ihr Vermögen durchbringen – denn diese dekadenten Adelligen waren am Ende wenigstens nur pleite. Wir aber haben auch schon die Wirtschaftsleistung der nächsten und übernächsten Generationen auf Pump durchgebracht, wir hinterlassen den Nachkommen weniger als nichts, nämlich hohe Schulden, und haben zudem ein System geschaffen, bei dem diese nicht einmal den Antritt des Erbes verweigern können.

Genau wie die Adelsprösslinge der Belle Epoque sind auch wir deshalb in diese Lage geraten, weil wir gedacht hatten, dass die Einkünfte aus unseren fernen Landgütern ewig weiter sprudeln werden. *„Das derzeitige*

*Sozial- und Wirtschaftssystem wurde in einer Zeit des permanenten Aufschwungs entwickelt“, bringt ein Teilnehmer der Arena Analyse das Dilemma auf den Punkt, „seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs sind alle Generationen ganz selbstverständlich von der Verheißung des ständigen Wachstums und der Verbesserung ausgegangen. Wir haben Systeme entwickelt, mit denen der Gewinn, auch der zukünftige, verteilt werden kann. Dabei wurde jedoch nicht bedacht, wie in Zeiten von Stagnation oder Abschwung die Lasten fair verteilt werden sollen. Da die positiven Effekte bereits weitgehend vertraglich oder sozialstaatlich fixiert sind, können die Lasten nur mehr an die "Outsider" bzw. "Neustarter" verteilt werden – also an die nächste Generation.“*

Freilich wird schon bei dieser kurzen Aufzählung klar, dass die düstere Darstellung einer ganzen Epoche von hartherzigen Verschwendern ohne Verantwortung für die Zukunft nicht durchgehend stimmen kann. Irgend-einen Grund muss es ja geben, warum nach jedem gescheiterten Stabilitätspakt wieder jemand die Initiative ergreift, um die Last der Staatsschulden doch noch zu mildern. Auch die immer neuen Anläufe im Kampf gegen den Klimawandel, die unzähligen Aktionen zum Schutz von Regenwäldern und Ozeanen – sie zeigen doch, dass die Sorge um die Welt der Zukunft durchaus einen hohen Stellenwert in unserem Wertesystem einnimmt. Mag schon sein, dass wir es nicht schaffen, das Ruder herum-zureißen, aber dass uns die Nachwelt gleichgültig wäre, kann doch niemand ernstlich behaupten.

Genau diese These vertritt der amerikanische Philosoph Samuel Scheffler, Professor für Philosophie an der New York University, in seinem 2014 erschienenen Buch „Death and Afterlife“ – wobei mit „Afterlife“ explizit nicht das eigene Weiterleben nach dem Tode (im Jenseits oder wo auch immer) meint, sondern eben das, was das deutsche Wort „Nachwelt“ ausdrückt.

Diese noch nicht geborenen, uns also als Personen völlig unbekannt Menschen, sind uns enorm wichtig, weit mehr, als uns selbst bewusst ist, schreibt Scheffler und führt die Leser zum Beleg dieser These in ein Gedankenexperiment, bei dem hypothetisch darüber spekuliert wird, wie das Bewusstsein einer Menschheit ohne Nachwelt aussehen würde. Das Szenario dafür entnimmt er dem bekannten utopischen Roman „The Children of Men“ der britischen Krimiautorin P. D. James. In diesem Buch wird die gesamte Menschheit plötzlich unfruchtbar. Von einem Tag auf den anderen können keine Kinder mehr gezeugt werden, die Menschen wissen also mit absoluter Sicherheit, dass sie im Verlauf von höchstens hundert Jahren aussterben werden. Abgesehen davon ist die Welt in Ordnung, es gibt keine kosmische Katastrophe, welche die Menschheit dahinrafft, keine Kollision mit einem Meteor, auch keinen ökologischen Zusammenbruch. Die Menschen leben ihr gewohntes Leben mehr oder weniger friedlich und in Wohlstand weiter, nur werden sie eben immer weniger, und sie haben die

## 1. Ausbeuter wider Willen

Gewissheit, dass nach ihnen niemand aus der Spezies Homo sapiens mehr nachkommt.

Was Scheffler interessiert, ist die Frage, wie sich diese Gewissheit auf das Handeln, die Pläne und Vorstellungen der Bewohner eines solchen Planeten auswirkt. Baut diese Gesellschaft noch Eisenbahntunnels oder Autobahnen, wenn sie weiß, dass die in 100 Jahren niemand mehr braucht? Werden noch Kunstwerke geschaffen? Findet noch Wissenschaft statt? Lohnt es sich noch, zu erforschen, was „die Welt im Innersten zusammenhält“, wenn es niemanden geben wird, dem man diese Erkenntnis weiterreichen kann?

Wir wissen natürlich nicht, wie die Reaktion der Menschheit tatsächlich ausfallen würde und können bestenfalls psychologisch einfühlsam spekulieren. Schon die Fragen zeigen aber, wie sehr das gesamte Denken und Handeln der Menschen auf die Zukunft gerichtet ist. Anthropologen könnten anmerken, dass diese Haltung möglicherweise biologisch programmiert ist, weil die gesamte Logik der Evolution auf Fortpflanzung, also auf dem Wunsch nach Nachkommen, nach einem Nachleben, aufbaut. Scheffler selbst, der sich als Philosoph vor allem mit menschlichen Werten befasst, zieht den Schluss, dass die Gewissheit des baldigen Aussterbens den Überlebenden ein sinnerfülltes Leben unmöglich macht. Die zukünftige Existenz von Menschen, die wir nicht kennen und daher auch nicht im eigentlichen Sinn lieben können, hat für uns deshalb eine so hohe Bedeutung, weil erst die Sorge um die Nachwelt unserem eigenen Leben Sinn verleiht.

### **Im Dickicht der guten Absichten**

Wie lässt sich der Widerspruch auflösen? Auf der einen Seite der psychologisch tief verwurzelte Wunsch, dass die Nachgeborenen eine gute Welt vorfinden mögen. Auf der anderen Seite ein Gefüge von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, wo tatsächlich beständig Entscheidungen zum Nachteil der Enkel und Urenkel fallen und eben in der Praxis sehr wohl die Ressourcen der Erben bereits heute verbraucht werden. Was läuft da schief, wenn auf derart gute Absichten derart böse Taten folgen?

Das Bild wird schnell klarer, wenn man einen jener gar nicht so seltenen Fälle betrachtet, wo wir Menschen (oder die gerade verantwortlichen Entscheidungsträger) unbestreitbar das Richtige getan haben. Zum Beispiel wurde vor rund 15 Jahren die Bedrohung durch den Klimawandel erstmals ernst genommen, weshalb viele Staaten weltweit versuchten, ihren Energieverbrauch von fossilen auf nachwachsende Brennstoffe umzustellen, was den CO<sub>2</sub>-Ausstoß verringern sollte – Biodiesel, Bio-Ethanol, Biomasse-Kraftwerke, Holzabfall-Heizungen wurden massiv gefördert. Wie so viele politische Steuerungsmaßnahmen hatte freilich auch diese unbeabsichtigte Folgen – zum Beispiel, dass in Brasilien der Regenwald abgeholzt wurde, um Pflanzen für die Biosprit-Gewinnung anzubauen. Oder dass Lebensmittel knapp und teuer wurden, weil die Farmer anstelle von



Weizen die viel lukrativeren Energiepflanzen kultivierten. In Österreich geriet die Papierindustrie in existenzielle Schwierigkeiten, weil ihr wichtigster Rohstoff Holz, plötzlich zum gefragten (und hoch geförderten) Brennstoff für Bio-Heizungen wurde. Durch die ambitionierte und viel bewunderte Energiewende in Deutschland wurde mit Milliarden an Subventionen der Energiemarkt völlig durcheinandergebracht: Derzeit gibt es keine einzige Energieform, mit der Strom kostendeckend produziert werden könnte, der Versuch, Alternativenenergien marktfähig zu machen, hat genau das Gegenteil bewirkt.

Solche Beispiele lassen sich viele finden: Seit rund zwei Jahrzehnten bemühen sich Ärzte und Gesundheitspolitiker in Europa und den USA, den Menschen einen gesünderen Lebensstil beizubringen und so die Rate an Herz-Kreislauf-Erkrankungen zu senken. Eine der Folgen war, dass der Verbrauch an Fisch exponentiell anstieg, sodass heute so gut wie alle essbaren Fischarten der Ozeane vom Aussterben bedroht sind. Da der nördliche Atlantik die erste maritime Region war, in der sich der Rückgang von Arten wie Thunfisch, Dorsch und Heilbutt bemerkbar machte, wichen viele der übergroßen Fischtrawler (illegalerweise) in den indischen Ozean aus und fischten vor der Ostküste von Afrika. Dort zerstörten sie unter anderem die Lebensgrundlagen der Küstenbewohner von Somalia und tragen laut einem Bericht der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO eine wesentliche Verantwortung für die Entstehung von Piraterie und den Zerfall der staatlichen Strukturen am Horn von Afrika, wo bekanntlich Bürgerkrieg herrscht und täglich Flüchtlinge das Land verlassen. Wenn man so will, hat die gute Absicht, uns gesünder zu ernähren, in letzter Konsequenz zu Flüchtlingsströmen aus Ostafrika nach Europa geführt.

Selbst im Wirtschaftssystem, wo Maßnahmen und Wirkungen meist sehr holzschnittartig entlang ideologischer Gräben analysiert werden, lassen sich bei unvoreingenommener Betrachtung Beispiele finden, die unter die Kategorie „gute Absicht, dumm gelaufen“ fallen. Die Finanzkrise des Jahres 2008 wurde nicht zuletzt durch ein Programm ausgelöst, mit dem die US-Regierung dem wenig finanzkräftigen unteren Mittelstand günstige Eigenheime verschaffen wollte. Die geplante EU-Finanztransaktionssteuer wird unter anderem die Erträge von langfristigen Lebens- und Pensionsversicherungen schmälern, also jene „kleinen Sparer“ belasten, denen sie eigentlich dienen sollte.

Wir haben also stets mit sehr komplexen Systemen zu tun, wenn wir über die Gestaltung der Welt für unsere Enkel nachdenken. Nicht der gedankenlose Egoismus macht uns zu Ausbeutern unserer Nachkommen, sondern die schlichte Unmöglichkeit, die Konsequenzen unseres Handelns vorherzusehen. Selbst dort, wo wir uns über die möglichen Folgen im Klaren sind, schränkt die Komplexität der Systeme die Möglichkeiten zur Steuerung stark ein, weil jeder Eingriff unzählige nicht beabsichtigte oder

## 1. Ausbeuter wider Willen

nicht berücksichtigte Folgen hat. Diese Folgen sind langfristig, das gilt für ökologische Veränderungen ebenso wie für ökonomische Entwicklungen oder demografische Veränderungen. Eingriffe ins System zeigen neben der beabsichtigten Wirkung immer auch andere, meist zunächst unscheinbare, kaum bemerkbare Effekte. Deren mitunter verheerende Auswirkungen werden erst zu einer Zeit sichtbar, zu der an den Ursachen (die ebenfalls komplex und vielfältig waren) nichts mehr gebessert werden kann.

Naturgemäß ist in einer solchen Situation auch die Verantwortung für die unbeabsichtigten Folgen nicht geklärt. Selbst dort, wo sich der Finger gegen einen Verursacher richten lässt, ist damit oft nichts gewonnen, weil der Verantwortliche wegen der Unvorhersehbarkeit und des Umfangs der Folgen seiner Entscheidung praktisch kaum zur Verantwortung gezogen werden kann. Der Unfall im Kernkraftwerk Fukushima liefert ein eindringliches Beispiel: Der Vorsitzende des Betreibers Tepco übernahm „die volle Verantwortung“ – und trat zurück. Theoretisch muss Tepco auch die Kosten für die Beseitigung der unmittelbaren Schäden (geschätzte 77 Milliarden Euro) sowie für die dauerhafte Dekontaminierung der Umgebung und für die Entschädigung der Anrainer (geschätzte 300 Milliarden Euro) übernehmen. Allerdings ist wohl jedermann klar, dass die Finanzkraft des ohnehin in die Verlustzone gerutschten Unternehmens dafür nicht ausreichen und der Staat einspringen wird, was auch bereits der Fall war. Letztlich kommt das Geld also von den Steuerzahlern.

Die Einsicht in die Unsteuerbarkeit großer Systeme kann zur Bescheidenheit erziehen – sie hat aber auch einen gefährlichen Nebeneffekt. Es wäre fatal, daraus den Schluss zu ziehen, dass wir ohnehin nichts tun können: Wir haben uns bemüht, aber leider sind die Dinge eben zu komplex. Sorry, liebe Nachwelt, uns trifft keine Schuld, niemand konnte die Folgen vorhersehen.

Die Ergebnisse der Arena Analyse legen zweierlei nahe: Zum einen sind natürlich nicht alle Probleme so vertrackt wie die Überfischung der Weltmeere. In manchen Fällen ist die Lösung einfach, nur der Weg dorthin von – durchaus berechtigten – Interessen verstellt. Das gilt etwa für die Staatsverschuldung oder für das Pensionssystem: Jeder Volksschüler kann nachrechnen, was herauskommt, wenn die Einzahlungen in die Pensionskassen gleich bleiben, aber die Auszahlungen ständig zunehmen. Wer der Beteiligten die offene Rechnung begleichen soll, ist schon eine deutlich schwierigere Frage. Ebenso ist ganz klar, dass eine hohe Staatsverschuldung langfristig Nachteile bringt, weil dann große Teile des BIP für Zinsen und Rückzahlungen aufgewendet werden müssen. Knifflig wird erst die Entscheidung darüber, wie man die negativen Folgen des Gegensteuerns am besten abfedert, wann also der richtige Zeitpunkt gekommen ist, um die laufenden öffentlichen Ausgaben zu vermindern oder Steuern zu erhöhen, ohne damit die Wirtschaftsleistung abzuwürgen.

Zum anderen darf die bloße Größe eines Problems nicht davon abhalten, Schritte in die richtige Richtung zu unternehmen. Denn gerade weil die Folgen unseres Handelns langfristig sind und sich langsam entwickeln, ist es auch möglich, langfristig in die Entwicklung einzugreifen. Selbst wenn wir die Auswirkungen nicht bis ins letzte Detail vorhersagen können, ist es möglich und notwendig, bei Planungen, bei politischen Entscheidungen, aber auch im alltäglichen Verhalten etwas weiter in die Zukunft zu blicken. Daraus leiten die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Arena Analyse die ganz grundsätzliche Forderung nach Nachhaltigkeit und nach Fairness gegenüber der Nachwelt ab:

*„Wir müssen nachhaltige Lebensstile ausbilden. Gefragt sind Produktion und Konsum, Ausbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Bewusstseinsbildung. Hier liegt eine hohe Verantwortung gerade auch bei der jüngeren Generation, jedoch wäre die Vorbildwirkung durch die älteren Generationen extrem wichtig.“*

*„Der öffentliche Diskurs um die Gegenwart und Zukunft unseres Kontinents dreht sich fast ausschließlich um die Krise, sei es die Sorge vor einer neuerlichen und verschärften globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, die Verschuldung der öffentlichen Haushalte, die ungelöste Nord-Süd-Problematik, die Verknappung der Lebensressourcen, die religiösen, politischen und ethnischen Konflikte im ‚global village‘“.*

*„In diesem Sinne fehlt ein ‚Generationenvertrag‘, in dem wir zukünftigen Generationen eine lebenswerte Umwelt zugestehen und zusichern.“*

### **Zum Begriff der Fairness**

Als Leitgedanke, der zur Beurteilung der Nachhaltigkeit und Langfristigkeit herangezogen werden kann, sollte die Idee der „Generationen-Fairness“ dienen.

Für Fragen des politischen Interessenausgleichs hat sich der Begriff der Fairness als sehr hilfreich erwiesen. Fairness kann sowohl das Verhalten von Menschen und Menschengruppen bezeichnen als auch herrschende Rahmenbedingungen. Als fair gilt regelkonformes Verhalten, das Einhalten von Spielregeln, der Verzicht auf gerade noch legale Tricks. Faire Bedingungen liegen dann vor, wenn niemand durch sie a priori bevorzugt wird, wenn gleiche Ausgangsbedingungen und gleiche Chancen auf Zugriff zu Ressourcen bestehen. In dieser Bedeutung wurde der Begriff aus der britischen Sport-Tradition übernommen. Der Vorteil gegenüber Konstrukten wie „Gerechtigkeit“ oder „Objektivität“ oder auch „Redlichkeit“ liegt darin, dass Fairness lediglich auf den Prozess abstellt, nicht auf die Inhalte. Ein Boxkampf, bei dem der eine Gegner den anderen völlig vernichtet und der Verlierer k.o. aus dem Ring getragen wird, kann trotzdem ein fairer Kampf gewesen sein, wenn die beiden Kontrahenten annähernd gleich groß und gleich schwer waren und keiner der beiden unerlaubte Schläge verwendet hat.

## 1. Ausbeuter wider Willen

Analog lässt sich die Forderung nach Fairness in der Politik an jedes weltanschauliche System richten. Ein etatistischer Versorgungsstaat mit hohen Steuern, hohen Transferleistungen und geringem Maß an Eigenverantwortung kann theoretisch ebenso fair gestaltet sein wie ein radikal-liberales System mit einem Minimum an gesetzlichen Einschränkungen. Allerdings werden in den beiden Fällen jeweils ganz unterschiedliche Missstände beseitigt werden müssen, damit das Gebot der Fairness erfüllt wird.

Auf die Forderung nach Fairness können sich daher in der Regel auch die Vertreter von sehr unterschiedlichen Interessen einigen, während der Begriff „Gerechtigkeit“ meist eine moralisch unterlegt Allgemeinverbindlichkeit vortäuscht, hinter der die Tatsache zurücktritt, dass unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen immer auf Basis ihrer Interessen beurteilen, was sie jeweils als „gerecht“ empfinden. Ist es gerecht, dass die Krankenkassenbeiträge ab einer gewissen Höchstgrenze gedeckelt werden? Ja, weil Reiche ja auch nicht öfter krank werden als Arme. Nein, weil sich die Reichen höhere Beiträge locker leisten können und ruhig das Gesundheitssystem solidarisch für die Ärmeren mitfinanzieren sollen.

Auf der Basis von ethischen Überlegungen lässt sich die Frage kaum sinnvoll entscheiden. Der Philosoph John Rawls greift in seiner „Theorie der Gerechtigkeit“ deshalb ebenfalls zum Begriff der Fairness, die er als Verfahrensgerechtigkeit definiert und dafür das hübsche Gedankenexperiment vom „Schleier der Unwissenheit“ („veil of ignorance“) erfindet: Wer eine politische Entscheidung beurteilt, sollte nicht wissen, zu welcher Gruppe der Betroffenen er gehört. Nur durch diesen Schleier der Unwissenheit hindurch kann er die Fairness richtig beurteilen, unbeeinflusst von seinen tatsächlichen Interessen, die er ja noch nicht kennt. Das System funktioniert also ein bisschen so wie die Methode, mit der geplagte Eltern sicherstellen, dass zwei zankende Kinder das letzte Stück Kuchen gerecht teilen, ohne dabei in Streit zu geraten: Einer darf den Kuchen in der Mitte durchschneiden, der andere darf bestimmen, welches der beiden Stücke er haben will.

Am Beispiel des Pensionssystems: Die Sanierung kann entweder durch Kürzungen der Bezüge erfolgen (oder höheres Eintrittsalter, was eine geringere Gesamtsumme während der verbleibenden Lebenszeit bewirkt) – beides würde zulasten der Pensionsbezieher wirken. Zweitens könnten die Erwerbstätigen höhere Beiträge zahlen, drittens können Budgetmittel aus anderen Töpfen umgeschichtet werden. Schließlich lautet die vierte Möglichkeit, die Pensionen durch Schulden zu finanzieren. Damit sind die theoretisch möglichen Optionen zur Gänze erschöpft. Welche davon ist fair? Laut Rawls kann das nur von jemandem entschieden werden, der nicht weiß, ob er nach Abschluss der Sanierung zu den Pensionisten gehören wird, oder zu den hoch besteuerten Erwerbstätigen, zu den hoch

verschuldeten Ungeborenen oder aber zu irgendwelchen anderen Gruppen, die aufgrund von Budgetumschichtungen Kürzungen hinnehmen müssen.

Natürlich ist der „veil of ignorance“ ein hypothetisches Konstrukt, in der politischen Praxis sind die Interessen immer bewusst, zumindest haben alle beteiligten Gruppen konkrete Annahmen über ihre Interessen, ob die nun objektiv richtig sein mögen oder nicht. Soziologische Experimente haben aber gezeigt, dass in Laborsituationen unter dem veil of ignorance immer eine ziemlich ausgewogene Verteilung der Lasten herauskommt.

Generationen-Fairness entsteht also einfach dann, wenn wir die berühmte Goldene Regel über ein halbes Jahrhundert hinweg anwenden und uns fragen: „Würde es uns gefallen, wenn unsere Großeltern uns eine Welt hinterlassen hätten, die so aussieht wie die, die unsere Enkel vorfinden?“

### **Zum Begriff „Generation“**

Es mag übertrieben spitzfindig anmuten, auch den genauen Inhalt des Wortes „Generation“ hinterfragen zu wollen, dennoch wurde von mehreren Teilnehmern der Arena Analyse auf die Tatsache hingewiesen, dass ein Begriff, mit dem politische Forderungen verknüpft werden, möglichst frei von unnötigen Missverständnissen gehalten werden sollte. Ein Experte verweist darauf, dass ähnliches Lebensalter, aber auch geistige Gemeinsamkeiten, die definierenden Kriterien sein sollten: *„Die heute dominierende Bedeutung ist wohl die der zur gleichen Zeit geborenen Individuen, im Sinne von Karl Mannheim eine ‚Erlebnisgemeinschaft‘, die von gemeinsam erlebten historischen Ereignissen geprägt ist. Wie viele Geburtsjahre eine Generation umfasst, bleibt aber vage.“*

Wer welcher Generation angehört, ist schon innerhalb einer Familie nur im formalen Sinn klar. Tatsächlich muss der Platz am Stammbaum nicht unbedingt mit der Erlebniswirklichkeit übereinstimmen – ein spät geborener Bruder oder eine um 20 Jahre jüngere Schwester werden sich wohl weniger der Generation ihrer Geschwister zugehörig fühlen, als der ihrer Kinder. Wo keine Verwandtschaftsverhältnisse vorliegen, wird das bloße Lebensalter erst recht immer weniger zum allein charakterisierenden Merkmal: Ein 60-jähriger Frührentner hat zweifellos andere Ansprüche an die politischen Entscheidungsträger als ein Gleichaltriger, der sich eben erst mit einem Start-up-Unternehmen selbständig gemacht hat. Ein Elternpaar Anfang 50 mit einem Kind im Volksschulalter findet wahrscheinlich viele Gemeinsamkeiten im Lebensstil mit den Eltern der Klassenkameraden ihres Sprösslings, auch wenn diese den Dreißiger noch vor sich haben.

Im Hinblick auf diese Erlebnisgemeinschaften werden auch in der öffentlichen Diskussion immer wieder Gruppen gebildet, die sich durch gemeinsame Prägungen definieren, durch ähnliche Probleme, ähnliche Zukunftsaussichten, ähnliche Wertvorstellungen. Implizit schwingt dabei

stets die Annahme mit, dass die Angehörigen dieser Cluster auch derselben Altersstufe angehören – das gilt für die „Generation X“ und die „Generation Y“ ebenso wie früher für „die 68er“ oder die „No-future-Generation“ der 1980er Jahre. Wortprägungen nach diesem Muster gibt es mittlerweile im Dutzend: „Öko-Generation“, „Generation Hedonismus“, „Generation Erben“, „Generation Praktikum“, „Generation Krise“, „Generation Anders“. „Generation Null Fehler“ nennt der deutsche Soziologe Heinz Bude die Menschen zwischen 40 und 60, die so stark auf Erfolg in allen Lebensbereichen programmiert sind, dass sie es als Scheitern empfinden, wenn sie sich nur in Teilen verwirklichen – also etwa beruflich an die Spitze kommen, dafür aber keine Familie gründen, oder aber Familie und Beruf hinkriegen, dafür aber nie den New York Marathon gelaufen sind oder im Bereich von Freizeit, Reisen und prestigeträchtigem Genuss nichts vorzuweisen haben.

All diese entlang von soziologischen Merkmalen gebildeten Gruppen haben zwar mit dem Begriff Generation im ursprünglichen Sinn nur wenig zu tun, sie sind aber immerhin durch gemeinsame Interessen gekennzeichnet. Bei Altersgruppen muss das nicht unbedingt der Fall sein, wie ein Teilnehmer der Arena Analyse ausführte: *„Wenn wir von der ‚Jugend‘ oder der ‚jungen Generation‘ sprechen, meinen wir ganz allgemein alle Menschen, die nach 1984 geboren wurde. Hat diese Gruppe noch Gemeinsamkeiten im Sinne eines kohärenten (Er-)Lebenszusammenhangs? Kaum, oder nur, wenn wir sie aus einem ideologisierten Blickwinkel ins Auge nehmen.“* Beim Versuch, diesen Jungen bestimmte Interessen oder Handlungscharakteristika zuzuschreiben, wird schnell klar, *„dass wir dort gelandet sind wo man immer landet, wenn man ein postmodernes Phänomen festmachen möchte, in der großen Unübersichtlichkeit. Der Begriff Generation zergeht, ganz im Sinne Adornos, je mehr man sich ihm nähert. [...] Er ist ein ideologisches Konstrukt.“* Weshalb dieser Experte auch dafür plädiert, politische Interessen nicht anhand des Begriffs „Generation“ zu diskutieren, dabei würden *„unterschiedliche soziale und kulturelle Interessen verschleiert: Was hat die alleinerziehende Mutter aus Floridsdorf mit der Prosecco-Tusse aus dem Hietzinger Schaumweinhäuschen gemein?“*.

Allerdings gilt auch umgekehrt, dass Interessen unter den Tisch fallen, wenn ausschließlich die soziale Stellung, die Bildungsschicht oder das Einkommen zur Gruppenbildung herangezogen werden. Ein 18-jähriger Lehrling mit entsprechend bescheidenen Berufsaussichten hat ohne Zweifel andere Interessen als ein gleichaltriger Absolvent einer elitären Privatschule – doch er hat auch andere Interessen als ein Pensionist, der einer ähnlichen Einkommensklasse und einem ähnlichen sozialen Milieu angehört.

Wenn das Denken in Generationen völlig aus dem politischen Diskurs ausgeblendet wird, bleiben genau jene langfristigen Probleme ungelöst, die überhaupt erst entstanden sind, weil aktuelle soziale Konflikte durch die hypothekarische Belastung der Zukunft gelöst wurden.

## 2. Das Fünf-Generationen-Haus

---

Im Jahr 2013 veröffentlichte die UNO einen Bericht zum globalen Bevölkerungswachstum, basierend auf einer riesigen Fülle an Daten und detaillierten Berechnungen. Demnach wird die Weltbevölkerung, die derzeit 7,2 Milliarden Menschen beträgt, bis 2050 auf rund 9 Milliarden anwachsen. Allerdings verteilt sich der Zuwachs von insgesamt 25% sehr unterschiedlich auf die Weltgegenden. So wird die Bevölkerung Chinas bis 2030 weiter wachsen, sich dann aber bei rund 1,4 Milliarden stabilisieren. Nach 2030 wächst die Bevölkerung vor allem in Indien (das dann China als bevölkerungsreichstes Land überholen wird) und in einigen Teilen Afrikas, wobei Nigeria besonders hervorsticht – 2050 werden in dem westafrikanischen Staat mehr Menschen leben als in den USA. Bis 2100 wird sich die Bevölkerung des afrikanischen Kontinents vervierfachen, von derzeit 1 auf 4 Milliarden.

In Europa und Nordamerika sinkt die Bevölkerungsdichte, allerdings nur geringfügig, bei einer Zuwanderung, die der heutigen vergleichbar ist, wird sie nahezu stabil bleiben. Zu beachten ist, dass die UN-Zahlen sehr hohe Verlässlichkeit aufweisen. Demografische Entwicklungen unterliegen keinen Trends, die sich morgen umkehren können, vielmehr bleiben die Fertilitätsraten der einzelnen Gesellschaften längerfristig unverändert, auch die Zahl der Frauen im „gebärfähigen Alter“ (wie das so technokratisch heißt) ist genau bekannt. Zuwachs oder Abnahme der Bevölkerung lassen sich deshalb auf Jahrzehnte hinaus beinahe exakt vorhersagen.

Diese nüchternen Zahlen liefern die Grundlage für umfassende Schlussfolgerungen über die Zukunft unseres Planeten. So wird gern übersehen, dass sich das viel diskutierte Phänomen der alternden Gesellschaft weitgehend auf Europa und Nordamerika beschränkt. *„Global gesehen leben wir im Zeitalter der Jugend“*, hält ein Teilnehmer der Arena Analyse fest, *„44 Prozent der Weltbevölkerung sind unter 25 Jahre alt – so viele wie noch nie.“*

Auf lange Sicht werden allerdings auch in den „jungen“ Ländern die Geburtenraten sinken und das Bevölkerungswachstum zum Stillstand kommen. Die langfristige Beobachtung zeigt, dass die durchschnittliche Zahl der Kinder sehr stark von der Wirtschaftsstruktur des Landes abhängig ist. Kulturelle Werte und weltanschauliche Gebote tragen zwar ebenfalls zur Frage bei, wie viele Kinder sich junge Menschen bei der Familiengründung wünschen und welches Familienbild in ihren Augen als normal und wünschenswert gilt. Doch der entscheidende Faktor liegt in der Frage, wie viele Kinder sich eine Familie leisten kann oder muss. In agrarischen Gesellschaften mit geringem allgemeinem Bildungsniveau sind Kinder, ökonomisch gesehen, ein Aktivposten: Sie können schon sehr früh mithelfen, etwa Ziegen hüten, Obst ernten, bei der Verarbeitung von Lebensmitteln im Haushalt zur Hand gehen. Ausbildung brauchen sie dafür

## 2. Das Fünf-Generationen-Haus

nicht allzu viel, das meiste lernen sie am Hof bei der Arbeit. Hingegen sind Kinder in entwickelten Industrie- und Wissensgesellschaften eine kostspielige Investition, Eltern müssen rund 20-25 Jahre lang für die Sprösslinge und deren Ausbildung zahlen und haben nur in den seltensten Fällen einen ökonomischen Vorteil davon – am ehesten noch, wenn es ein Familienunternehmen gibt, das die Kinder später übernehmen.

In entwickelten Gesellschaften werden Kinder deshalb auch gar nicht als ökonomischer Faktor gesehen – vermutlich werden die meisten Leserinnen und Leser die hier angestellte Rechnung als unmenschlich und obszön empfunden haben. Sie diene auch nur dazu, eine simple Wahrheit zu illustrieren: In agrarischen Gesellschaften bringen Kinder Reichtum und werden daher in großer Zahl geboren. In (post-)industriellen Gesellschaften bringen Kinder Glück und Freude, kosten aber Geld, weshalb nur wenige Familien mehr als zwei oder drei davon in die Welt setzen. Wenn Entwicklungsländer zu Schwellenländern und weiter zu Industrieländern werden, sinkt dort also unweigerlich die Geburtenrate – Europa geht lediglich in einer zwangsläufigen Entwicklung voran.

Für das bevorstehende Jahrhundert lautet die Verteilung aber: Immer weniger und immer ältere Menschen in Europa, immer mehr und daher junge Bevölkerung in Afrika. Diese Disparität könnte zu vermehrten Migrationsströmen führen (siehe auch Kapitel 7): *„Ausgehend von Krisen könnte eine Flüchtlingswelle von Afrika nach Europa einsetzen, aus der eine permanente Völkerwanderung wird, durch die sich die Bevölkerungsstruktur Europas ausgleicht. Es wäre dies eine Entwicklung, wie sie analog in Nordamerika durch die Einwanderung von Südamerikanern schon lange schleichend – ohne große Spitzen – der Fall ist“.*

In jenen Ländern, wo die steigende Lebenserwartung auf niedrige Geburtenraten trifft, und zu denen zählen auf jeden Fall Österreich und der Rest Europas, wird sich die Altersstruktur der Gesellschaft stark verändern. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen (unter 20 Jahren) wird weiter abnehmen, während die Zahl der Menschen über 65 deutlich zunehmen wird – diese Gruppen decken sich grob mit den Clustern „noch nicht im Arbeitsprozess“ und „nicht mehr im Arbeitsprozess“. Derzeit halten sich beide annähernd die Waage: Rund 20% der österreichischen Bevölkerung sind unter 20, rund 18% über 65.

Dass sich das Verhältnis unaufhaltsam verschiebt, wird in der Diskussion meist als Problem begriffen. Auch einer der Teilnehmer der Arena Analyse mahnt: *„Europa überaltert, weil es dekadent ist. Kinder zu bekommen ist nicht mehr eine Selbstverständlichkeit, die zum Leben gehört. Kinder zu haben erfordert eine bewusste Entscheidung. Und die Entscheidungsfindung wird immer mehr angereichert mit Bedingungen, deren Erfüllung immer schwieriger wird.“*

Andere Experten meinen jedoch, dass der Begriff „Überalterung“ zu sehr von Lebensverläufen ausgeht, wie sie in der Vergangenheit typisch waren,



aber nicht notwendigerweise auch für die Zukunft prägend sein müssen. Problematisch wäre tatsächlich eine Gesellschaft, in der Menschen mit 60 körperlich, geistig und in ihrer Lebenshaltung alt sind, aus dem Berufsleben ausscheiden und dann noch 40 Jahre lang als Greisinnen und Greise vor sich hinwelken. Das ist aber schon heute nicht der Fall, überall im Alltag zeigt sich, dass mit steigender Lebenserwartung sehr oft auch die körperliche und geistige Fitness länger erhalten bleibt – nicht zwangsläufig zwar, aber doch so häufig, dass die Illustrierten bereits entsprechende Trends ausgerufen haben („Sechzig ist das neue Vierzig“). Überdies wird ein psychologischer Zirkelschluss dafür sorgen, dass die Gesellschaft der Zukunft sich selbst nicht als überaltert begreifen wird: Wenn die Zahl der über Sechzigjährigen zunimmt, die sich selber jung fühlen und auch so leben, dann werden diesen Menschen auch die rüstigen Siebziger im Fitnessstudio nicht unbedingt alt erscheinen. Schon jetzt setzt sich ja die radikale Verjüngung der Lebensstile nach unten fort. Nachdem „Sechzig das neue Vierzig“ wurde, entwickeln die Vierzigjährigen immer mehr Verhaltensmuster, die man früher als „adoleszent“ bezeichnet hätte: Trennung von der Familie (nachdem die Kinder vielleicht schon groß sind), Fun-orientierter Single-Alltag, rasch wechselnde neue Beziehungen, radikaler Hedonismus.

Voraussichtlich wird die österreichische Bevölkerung in fünfzig Jahren also genau jenes Bild bieten für die der Soziologe Leopold Rosenmayr schon Ende des 20. Jahrhunderts den Begriff der „altersbunten Gesellschaft“ geprägt hat: Wenn jemand nicht durch Unfall oder Krankheit frühzeitig stirbt, dann wird er oder sie typischerweise 90 bis 100 Jahre alt werden und beglückt dem Heranwachsen der Urenkel oder sogar Ururenkel zusehen. Schon jetzt hält ein Teilnehmer der Arena Analyse fest: *„Es gab noch nie so viele Generationen gleichzeitig.“* Vier sind schon heute sehr häufig, bereits in naher Zukunft werden es Familien als normal empfinden, dass bis zu fünf Generationen gleichzeitig am Leben sind – die Eltern der Krabbelkinder sind um die 25, die Großeltern stehen mit 50 im Zenit ihres Lebens, im Alter von 70 bis 75 trifft man bereits die Urgroßeltern an, und zu Weihnachten besuchen alle gemeinsam die 95-jährige Ururgroßmutter.

In einem derart in die Länge gestreckten Leben werden, so wie heute auch, nur die letzten 10 bis 15 Jahre jene Spanne sein, in der die Menschen im engeren Sinne „alt“ sind (Rosenmayr sprach von den „Hochbetagten“), wo sie also allmählich in ihren körperlichen Funktionen beeinträchtigt werden, wo Sehkraft, Gehör und das Tempo der Auffassung nachlassen, wo sie nach und nach Betreuung oder sogar echte Pflege brauchen und insgesamt ein ruhiges Leben mit geringer Mobilität und wenig Bedürfnis nach Abwechslung führen. Die Jahre, auf die Rosenmayrs Bezeichnung „junge Alte“ zutrifft, werden sich irgendwo zwischen 65 und 80 erstrecken. Ohne die Spekulation allzu weit zu treiben, lässt sich sagen: Das Leben wird nicht nur länger dauern, sondern sich auch anders gliedern als heute, wobei

## 2. Das Fünf-Generationen-Haus

allerdings offen bleibt, welche der jetzt schon sichtbaren Änderungen einmal Leitfunktion gewinnen.

Eine Entwicklung lässt etwa erwarten, dass es künftig in der Lebensmitte eine Zäsur geben könnte, die routinemäßig zu einer Neuorientierung führt: Menschen treten in den Beruf, kriegen Kinder, verfolgen ihre Karrieren. Mit 50, wenn die Kinder erwachsen sind, steigen sie aus dem Beruf aus, nehmen ein Sabbatical, machen ein neues Studium oder sonst eine Ausbildung und ergreifen danach einen neuen Beruf, den sie bis 70 oder noch länger ausüben.

Ein anderes Szenario deutet auf einen späteren Beginn jener Lebensphasen hin, die früher einmal für Anfang 20 typisch waren. *„Junge Menschen brauchen länger zum Erwachsenwerden“*, hat eine Expertin beobachtet und spricht von der *„Entgrenzung der Jugend: 25 ist das neue 18.“* Dazu gehört dann auch, dass sie erst mit 40 Familien gründen – auch für Frauen wird es ja dank der Fortschritte der Fertilitätsmedizin immer mehr selbstverständlich, in der Altersspanne zwischen 40 und 50 noch Kinder zu empfangen und zu gebären. Dieser verzögerte Einstieg in ein selbstständiges Leben bewirkt natürlich, dass die alten Jugendlichen noch länger von der Unterstützung der Eltern abhängig sind – oft freilich nur geringfügig, die 30-Jährigen verschaffen sich mit diversen Jobs oder Wohlfühl-Projekten ein kleines Einkommen und nutzen die Infrastruktur ihrer Eltern (Autos ausborgen, Wäsche waschen, etc.), selbst wenn sie keine finanziellen Zuwendungen erhalten.

Mit Sicherheit wird von den jungen Alten der Zukunft erwartet werden, dass sie länger als bis 65 berufstätig bleiben – derzeit sind ja schon die 65 eine Marke, die nur ein kleiner Teil erreicht, das faktische Pensionsantrittsalter der österreichischen Männer lag 2014 im Durchschnitt bei 58,9 Jahren, das der Frauen bei 57 Jahren (siehe dazu die Kapitel 4 und 5).

Die Vorbereitung auf eine Gesellschaft mit den hier skizzierten demografischen Merkmalen erfordert nicht nur tiefgreifende Reformen in der Gestaltung der Arbeitswelt, im Bildungswesen und im System der Altersvorsorge. Die Menschen müssen auch geistig darauf vorbereitet sein, dass der Anteil an alten Menschen zunimmt, dass diese Alten völlig andere Rollenbilder verkörpern als die Greise früherer Zeiten – und dass jeder von uns selber viele Jahre als alter Mensch verbringen wird. Der oben zitierte Soziologe Leopold Rosenmayr rät in seinem 2007 erschienen Buch *„Schöpferisch altern“* deshalb, sich Vorbilder in den Lebensmodellen erfolgreicher Hochbetagter zu suchen. Da ist es dann natürlich Geschmackssache, ob sich jemand Pablo Picasso zum Vorbild nimmt, der mit 92 noch im Atelier stand, oder lieber die englische Queen, die anno 2015 ihren 89. Geburtstag feiert und ihr 63. Regierungsjahr antritt – wenn sie bis 10. September im Amt bleibt, wird sie das längstdienende Staatsoberhaupt in der britischen Geschichte sein.

Es gibt vieles, was die Hochbetagten den Jüngeren übermitteln können, meint Rosenmayr, nur mit einer Sache sollten sie sich besser zurückhalten, nämlich ausgerechnet mit ihren Erfahrungen: „Die Erfahrung baut ja auf einer Wirklichkeit auf, die es so nicht mehr gibt. Nur wer bereit ist, immer wieder Neues aufzunehmen, der bleibt lebendig. Die Nostalgie ist eine zerstörerische Kraft“.

### 3. Alt überstimmt Jung

---

Wollen die Jungen überhaupt mitreden oder erleben sie die institutionalisierte Politik als so weit entfernt von ihrer Lebensrealität, dass auch Versuche der traditionellen Parteien, sie mittels Internet und Social Media zu erreichen, eigentlich nur fehlschlagen können? Daraus jedoch zunehmende Politikverdrossenheit abzuleiten, wäre zu kurz gegriffen. So hat die Shell-Studie 2010 in Deutschland gezeigt, dass das Interesse an Politik im Vergleich zu den Jahren davor bei den elf- bis 17-Jährigen, also den ganz Jungen, wieder steigt.

Dennoch: Die Jungen sind in der Gesamtheit der Wählerinnen und Wähler des Jahres 2015 unterrepräsentiert und diese Schieflage macht den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Arena Analyse zusehends Sorgen: Politische Weichenstellungen fallen immer zugunsten der Alten aus, weil diese bei Wahlen die Mehrheit haben, so lautet der Vorwurf. Oder wie es ein Experte beschreibt: *„Die Politik versucht, die Probleme von gestern mit den Ansätzen von gestern zu lösen“*. Keine Partei wagt es, ernsthaft für Reformen im Pensionssystem einzutreten, weil sie dafür bei der nächsten Wahl unfehlbar abgestraft wird. Ein Blick auf die aktuelle Altersstruktur des Nationalrats spiegelt die demografische Entwicklung wider: 33 der 183 Abgeordneten sind jünger als 40 Jahre, 92 sind zwischen 51 und 70 Jahre alt.

Doch wird *„Politik von vielen Jungen als Störung empfunden, weswegen sich deren Engagement in Grenzen hält“*, wie es ein anderer Teilnehmer formuliert? Sind die Alten wiederum nur darauf bedacht, ihre alteingesessenen Ansprüche ins Trockene zu bringen, koste es die nachfolgenden Generationen, was es wolle? Zumindest der letzte Vorwurf könnte teils zu Unrecht erhoben werden: Eine Studie der Bertelsmann-Stiftung zeigt, dass die Politik gerade den Älteren weitaus mehr Weitblick zutrauen darf: Demnach sind es nämlich die 19- bis 32-Jährigen, die politisch kurzfristig und eher nach ihren individuellen Bedürfnissen entscheiden. Die ältere Generation sei laut der Studie hingegen weltanschaulich stabiler verankert und würde dadurch bei Wahlen eine weiter in die Zukunft reichende Perspektive einnehmen.

Dennoch wird die Diskussion über politische Fairness, die der demografischen Entwicklung Rechnung trägt, zu führen sein. Denn im gegenwärtigen politischen System sind und bleiben die Älteren rein zahlenmäßig in der Mehrheit. *„Dem Versprechen von Demokratie und politischer Beteiligung steht ein politisches System gegenüber, in dem – schon aus wahlarithmetischen Gründen – die Jugend lediglich eine marginale Größe darstellt und sich primär die Interessen der stimmenbringenden und artikulationsstarken Bevölkerungsgruppen durchsetzen“*, heißt es in einem Beitrag. *„Die politischen Parteien versuchen dem Rechnung zu tragen, indem sie die ältere Generation nicht in ihr personelles*

*Angebot an die Wählerschaft aufnimmt und deren Vertretung auf außerparlamentarische Parteiorganisationen („Seniorenbünde“) beschränkt. Mit dem Nachteil, dass deren Exponenten zwar nicht an der parlamentarischen Willensbildung teilnehmen, dafür aber auch nur ihren Interessen verpflichtet sind und keine Gesamtverantwortung für das Staatswohl zu tragen haben“,* schreibt ein Experte. Doch nicht nur die Überzahl der Älteren machen die Befragten der Arena Analyse als Grund für deren Dominanz bei politischen Entscheidungen aus, auch der schlichte Faktor Zeit scheint eine Rolle zu spielen: *„Eine sehr junge, agile Seniorengeneration findet nun im Alter Zeit, an die demokratischen Kämpfe ihrer Jugend anzuschließen. Jeder nachfolgenden Generation fehlt diese Zeit, sodass zahlreiche aus Bürgerengagement entstandenen Demokratieinitiativen von einer bestimmten Altersgruppe besonders dominiert werden. Das heißt: Jene demokratieengagierten Seniorinnen und Senioren entwerfen Konzepte einer Demokratie, in der jede/r so viel Zeit für Mitsprache hat, wie sie selbst. Dass dies neben Erwerbstätigkeit und Kindererziehung oft nicht möglich ist, wird ebenso wenig gesehen, wie die Lebensrealität von Jugendlichen, die immerhin die nächste Generation stellen, die unsere Demokratie weitertragen soll.“*

#### **Das Wahlalter als Hebel für mehr Generationen-Fairness**

Mehrere Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Arena Analyse fordern daher eine Änderung des derzeitigen Wahlrechts, die den Jungen eine gerechtere Teilhabe ermöglichen soll. *„Wenn demente Menschen noch wählen dürfen, warum soll das 14-Jährigen nicht erlaubt sein?“*, bringt es ein Teilnehmer auf den Punkt. Ein Vorschlag, der in diesem Zusammenhang wiederholt gemacht wird, lautet: Das Wahlalter müsse weiter gesenkt werden, denn nur so könne das demografische Ungleichgewicht zumindest teilweise wieder ausgeglichen werden. Als Illustration, wie sehr die rein zahlenmäßige Übermacht der Älteren die Jungen in Fragen, die eigentlich deren Zukunft betreffen, überstimmen kann, zieht ein Teilnehmer die Volksbefragung zur Wehrpflicht heran: *„Ein weiteres Beispiel der Nicht-Beachtung von Interessen bestimmter Generationen ist die mehrheitliche Ablehnung der allgemeinen Wehrpflicht durch die Jungen bei der Volksbefragung im Jänner 2013. Da will eine ganze Generation keinen Dienst an der Waffe, sehr wohl aber (soziale) Leistungen für die Gesellschaft erbringen, doch die Politik reagiert darauf ‚vorgestrig‘“.*

Doch wie weit soll das Wahlalter gesenkt werden? Österreich ist seit 2007 mit einem Wahlalter von 16 Jahren ohnehin bereits Vorreiter in Europa, mit Jahresbeginn 2015 ermöglichte Malta als erst zweites Land den 16-Jährigen den Gang zur Urne. Eine Forderung geht in Richtung Wahlrecht ohne Altersgrenze. *„Das bedeutet nicht, dass Kleinkinder oder gar Säuglinge zum Urnengang verpflichtet werden“,* schreibt ein Teilnehmer, *„vielmehr soll es den jungen Menschen frei stehen, ihr Wahlrecht auszuüben, sobald*

*sie dies wollen und eigenständig können. Praktisch geregelt werden kann dies durch den Fortbestand einer allgemeinen Altersgrenze von zum Beispiel 16 Jahren, wobei aber auch jüngere Bürger das Wahlrecht ausüben können, wenn sie sich eigenständig bei der Wahlbehörde eintragen (Wahlrecht durch Eintragung).“* In Deutschland hat zum Beispiel eine Gruppe von Kindern und Jugendlichen zwischen zwölf und 17 Jahren vor der vergangenen Bundestagswahl auf dem Wahlamt ihren Willen zur Wahl zu gehen deponiert. Da sie erwartungsgemäß abgeblitzt sind, hat die Gruppe die Wahl im Anschluss angefochten.

*„Das Wahlalter sollte nicht nur gesenkt, sondern das Mindestalter komplett gestrichen werden. Kinder und Jugendliche sollen wählen dürfen, sobald sie das möchten. Dann wären die Themen der jüngeren Generation auch wieder auf der politischen Agenda“,* lautet eine weitere Forderung, *„die junge Generation ist politisch nicht repräsentiert und hat kaum Möglichkeit, gehört zu werden.“*

Eine weitere Idee lautet, dass Eltern für ihre Kinder zusätzliche Stimmen erhalten sollten und in einer Art „Familienwahlrecht“ für diese wählen können: *„Um die zunehmende Verschiebung der politischen Mehrheiten zulasten der jungen Generation aufzuhalten, empfehle ich ein Wahlrecht ab Geburt, wahrgenommen von den Eltern bis zum Erreichen des Wahlalters“,* so ein Experte.

Auch über eine Begrenzung des Wahlalters nach oben wurde nachgedacht: *„Um der Jugend und jungen Menschen gegenüber dem wachsenden Wasserkopf der Überalterung irgendeine politische Chance zu geben, ist eine Änderung des Wahlrechts unausweichlich. Vorbild kann das Konklave der Papstwahl sein, bei dem ein Alterslimit von 80 Jahren gilt (aktives Wahlrecht)“,* lautet ein Vorschlag. Denn, so die Argumentation, wenn es eine Untergrenze gibt, warum nicht auch über eine Obergrenze nachdenken? Wenn man erst ab 16 wählen gehen darf, dann solle es *„doch bitte auch kein Wahlrecht mehr ab dem Pensionsantrittsalter geben, weil dann hat man's eh hinter sich sozusagen. Oder halt mit 80 oder 85. Oder – wenn es nach oben keine Begrenzung gibt – dann bitte auch die nach unten fallen lassen.“* Als denkbarer Lösungsansatz wurde auch eine Stimmgewichtung nach Lebensalter angeführt: *„Wer noch 50 Jahre Lebenserwartung hat, dessen Stimme würde schwerer wiegen, als jene von Menschen, die ihre durchschnittliche Lebenserwartung bereits erreicht hätten.“*

#### **Die pragmatischen Jungen und die Demokratie**

Dass die Jüngeren an Politik nicht mehr interessiert seien, stimme so nicht, lautet weitgehend der Tenor der Befragten. Zwar hat die Studie „Wählen mit 16 bei der Nationalratswahl 2013“, die von der Parliamentsdirektion in Auftrag gegeben wurde, gezeigt, dass die Erstwähler ihr Wahlrecht deutlich weniger in Anspruch genommen haben als Ältere – die

Wahlbeteiligung der befragten 16- und 17-Jährigen lag mit 63 Prozent demnach deutlich unter jener der Gesamtheit der Befragten (80 Prozent). Auch geben typischerweise 35 Prozent der Erstwähler und -wählerinnen an, nur geringeres Interesse an Politik zu haben – doch während des Nationalratswahlkampfes 2013 sank dieser Anteil auf 9 Prozent. Auch andere Untersuchungen zeigen, dass in Österreich die Jungwähler nicht schlechter informiert sind als der Durchschnitt, auch können sich die Jugendlichen selbst gut innerhalb des Rechts-Links-Spektrums verorten. Die demokratische Kultur hat jedoch noch keine ausreichenden Instrumentarien entwickelt, die die Jungen an der politischen Gestaltung ihres eigenen Lebens teilhaben lässt. Es ist bereits seit längerem zu beobachten, dass die Jungen deutlich weniger Interesse an klassischer parteipolitischer Arbeit haben, *„die dominierenden klassischen Formen des Politikmachens werden von dieser Generation zunehmend weniger mitgetragen“*, analysiert eine Teilnehmerin.

Doch gerade weil die Jungen nur noch bereit sind, sich punktuell und zeitlich begrenzt für einzelne Anliegen politisch zu engagieren, wird die Jugendpartizipation in allen Bereichen wohl immer stärker zum Thema werden, vielleicht wird ähnlich wie die Frauenquote auch bald eine Jugendquote diskutiert werden. Lösungsmöglichkeiten sehen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter anderem in Gesetzesfolgenabschätzung, darin, dass Gesetze auf ihre Generationengerechtigkeit hin abgeklopft werden sollen sowie in der Einrichtung einer parlamentarischen Generationen-Kommission. *„Wir haben zwar eine Sozialpartnerschaft als Erfolgskonzept aber es gibt in der Politik keine Generationenpartnerschaft“*.

Denn junge Menschen sind durchaus politisch ansprechbar, sobald es um Themen geht, die sie betreffen, wie zum Beispiel Ökologie oder Verteilungsgerechtigkeit.

Hat also für die junge, postideologische Generation das politische System in seiner derzeitigen Ausprägung noch einen Selbstwert? *„Die Jungen nehmen die Demokratie ganz pragmatisch an, genauso wie sie Häuser und Straßen annehmen, die von vorhergehenden Generationen gebaut wurden. Falls sie mit etwas nicht einverstanden sind, organisieren sie neue Formen der Teilhabe und verwenden dabei die neuen technischen Möglichkeiten des Internets“*, schreibt ein Teilnehmer. Das bringe kreative Lösungsansätze für Partizipation hervor, umfasse aber auch die teils bewusste Abgrenzung von der älteren Generation. Wenn diese einmal die politische und ökonomische Macht abgibt, *„wird die Internetgeneration für das politische und soziale Leben normgebend sein.“*

## 4. Überleben im Klimawandel

---

Seit dem Jahr 1972 ist der Club of Rome, ungeachtet seiner sonstigen Tätigkeiten, mit apokalyptischen Vorhersagen über die Endlichkeit der Ressourcen des Globus verknüpft. Vor zwei Jahren erschien ein neuer Bericht, der bewusst an den Meadows-Report über die „Grenzen des Wachstums“ anknüpft und schlicht „2052“ betitelt ist. Sein Autor, der norwegische Zukunftsforscher Jørgen Randers, der auch schon anno 1972 zum Expertenteam gehörte, gibt sich diesmal etwas vorsichtiger, doch sind die Trendberechnungen lediglich weniger spektakulär, aber um nichts weniger beunruhigend. „Meine Prognose für die globalen Entwicklungen bis zum Jahr 2052 ist pessimistisch, aber nicht katastrophal“, fasst der Autor die Ergebnisse zusammen.

Für die gedämpfte, aber doch vorhandene Zuversicht sind nicht zuletzt die Erfahrungen aus den vergangenen drei Jahrzehnten verantwortlich. Die Welt hat nämlich sehr wohl auf die Bedrohungen reagiert, die der Meadows-Bericht 1972 aufgezeigt hat – allerdings mit einer Verzögerung von 20 bis 40 Jahren. Tatsächlich wurden viele der damals aktuellen Fehlentwicklungen korrigiert, zum Beispiel wurden große Fortschritte beim Umgang mit Müll und Luftverschmutzung erzielt – wir reden heute zumindest in den Industriestaaten über die Optimierung und die ökonomischen Grenzen von Recycling, wir sorgen uns über CO<sub>2</sub> und Feinstaub – in den frühen Siebziger Jahren wussten die Städte nicht, wo sie Platz für das Deponieren ihrer Müllberge finden und wie sie den an Ruß und Schwefeldioxid gesättigten Smog bekämpfen sollen.

Dürfen wir also darauf hoffen, dass bis 2050 die schlimmsten ökologischen Fehlentwicklungen unserer Tage ebenfalls korrigiert sein werden? Der Umgang mit den begrenzten natürlichen Ressourcen ist jedenfalls in den Augen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Arena Analyse ein wesentlicher Grund, warum die Nachwelt mit uns wenig zufrieden sein dürfte. *„Die Belastung künftiger Generationen durch die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen unseres Planeten spielt in der politischen Agenda eine geringe Rolle. Dabei verschulden sich die jetzt Lebenden massiv bei den zukünftigen Generationen“*, formuliert es ein Experte stellvertretend für viele.

Ein wesentlicher Unterschied zur Situation von 1972 wird ebenfalls namhaft gemacht: Während es damals um Probleme ging, die zwar mühsam waren, aber doch korrigiert werden konnten, stehen wir heute davor, nicht mehr umkehrbare Veränderungen einzuleiten. „Besonders dramatisch ist es, dass auf Grund der Irreversibilität einer nicht-nachhaltigen Ressourcenausbeutung und den damit verbundenen eskalierenden Effekten auf das Weltklima oder den Verlust der Artenvielfalt die Schulden nicht rückzahlbar sein werden.“ Die Verschmutzung der Atmosphäre durch die Abgase von Industrie und Verkehr ließ sich durch



Filter und Katalysatoren im wahrsten Sinn des Wortes wieder bereinigen, der Tag der Erschöpfung der Ölvorräte konnte durch neue Funde und verbesserte Fördermethoden immer weiter hinausgeschoben werden. Doch das Aussterben von Arten lässt sich nicht mehr rückgängig machen, einmal abgeholzter Regenwald ist unwiederbringlich, und die Veränderung des Klimas durch den Treibhauseffekt kann selbst mit den ambitioniertesten Öko-Programmen allenfalls verlangsamt, aber wohl kaum mehr gestoppt, geschweige denn ungeschehen gemacht werden. Zitat aus der Arena Analyse. *„Die Emissionen, die wir heute ausstoßen, sind über mehrere Generationen treibhausgaswirksam, das bedeutet, dass unsere nachfolgenden Generationen mit den massiven Problemen des Klimawandels konfrontiert sein werden.“*

Dazu kommt, dass auf manche Rohstoffe heute offenbar tatsächlich das zutrifft, was 1972 von Öl und Erdgas geglaubt wurde, dass die weltweiten Vorräte nämlich nicht lange halten werden: *„Wir beuten heute die Ressourcen aus, wie z.B. seltene Erden, die nachfolgenden Generationen nicht mehr zur Verfügung stehen werden.“*

Immerhin ist die drohende Verwüstung des Planeten jenes Thema, bei dem den Menschen in den Industriestaaten die Verantwortung gegenüber der Nachwelt am deutlichsten bewusst wurde. Die Folgen, mit denen die Menschen der Zukunft leben werden müssen, sind hier nämlich schon heute spürbar, vor allem in der Land- und Forstwirtschaft (wo ganze Waldbestände auf andere Baumarten umgestellt werden müssen) und im Tourismus (wo bewährte Geschäftsmodelle nicht mehr funktionieren, weil das Wetter nicht mitspielt, also im Winter der Schnee ausbleibt oder die Sommer kühl und regnerisch verlaufen). Katastrophen, ausgelöst durch extreme Wetterbedingungen, nehmen ebenfalls in auffälliger Weise zu, selbst im klimatisch milden Österreich gehören verheerende Stürme und Überschwemmungen mittlerweile zum gewohnten Bild des Jahresverlaufs.

Die Folge dieser deutlichen Wahrnehmung: Klimaschutz genießt als politisches Anliegen hohe Aufmerksamkeit und hohen Zuspruch in der Bevölkerung. *„Die Klimakrise und der Verlust der Artenvielfalt sind als globale Probleme zwar schwer fassbar, sind aber auch in Anbetracht der wahrnehmbar voranschreitenden Eskalation ein relevanter Faktor in der öffentlichen Kommunikation. Politische Gipfel zu den Themen haben hohe massenmediale Aufmerksamkeit, der Legitimationsdruck auf die Politik steigt zunehmend. In vielen Staaten hätten PolitikerInnen, die das Thema nicht weit oben auf ihrer Agenda haben, große Probleme, wiedergewählt zu werden.“*

Doch wird es in den Augen der Expertinnen und Experten nicht genügen, Lösungen von der Politik zu fordern. *„Die Lebensstile werden sich wegen des Klimawandels und im Hinblick auf den Ressourcenverbrauch einfach ändern müssen.“* Ökologische Fairness lässt sich auch nicht innerhalb eines einzelnen Landes verwirklichen, sie erfordert globale Solidarität und birgt

deshalb Stoff für eine zusätzliche Facette des Nord-Süd-Konflikts: *„Wir verlangen von nicht entwickelten Staaten, dass sie „unsere Fehler“ nicht nachmachen, behalten aber gleichzeitig unseren Lebensstil bei. Wenn wir von Schwellenländern fordern, dass ihre Industrien ausreichenden Umweltstandards genügen sollen, oder dass sie Urwälder und Meeresgebiete nicht ausbeuten sollen, dann müssen wir auch bereit sein, ihnen Alternativen zu bieten, zum Beispiel durch Weitergabe unseres technologischen und sonstigen Know-hows“.*

Wie der veränderte Lebensstil aussehen könnte, ist gar nicht so schwer zu definieren: Es genügt, die bereits beobachtbaren Ansätze zu Nachhaltigkeit und die Bemühungen um einen möglichst sanften ökologischen Fußabdruck linear weiter zu denken. *„Ganz wesentlich wäre der Übergang zu einer bio-basierten Wirtschaft mit dem Ziel, den nachfolgenden Generationen genügend natürliche Ressourcen zurückzulassen, um ihnen ein eigenbestimmtes Leben zu ermöglichen.“* In einem anderen Beitrag heißt es: *„Das erstrebenswerte Szenario wäre, möglichst schnell und mit aller Kraft in Richtung Energieautarkie und Nutzung der Biomasse statt fossiler Ressourcen zu gehen, also ein umfassendes Konzept der Bioökonomie zu implementieren.“*

Interessanterweise sagt der Club of Rome-Bericht von 2012 eine solche Umstellung der Wirtschaftssysteme vorher. In großen Teilen der Welt werde *„der Kapitalismus nicht mehr auf Profitmaximierung, sondern auf ökologische Ziele ausgerichtet sein“*, behauptet Autor Randers. Nicht, weil überraschend das Gute siegen wird, sondern weil gewinnorientierte Unternehmen sich in diesem Sinn anpassen werden müssen, um auf Märkten bestehen zu können, wo die Konsumenten einerseits und die Investoren andererseits immer stärker ökologische Verantwortung fordern.

Freilich: Vor der Unsicherheit, die falsche Entscheidung getroffen zu haben, kann auch die Flucht in Nachhaltigkeit und langfristige Perspektiven niemanden bewahren. Ein Teilnehmer der Arena Analyse stellt deshalb die provokante Frage, wie die Nachwelt damit umgehen würde, wenn wir im vollen Bewusstsein unserer Verantwortung die Weichen falsch stellen? *„Was werden die Jungen sagen“*, grübelt dieser Experte, *„wenn sich einmal herausstellt, dass die Folgen des Klimawandels vielleicht gar nicht so drastisch sind? Aus Angst vor einer Bedrohung, die wir so oder so nicht richtig einschätzen konnten, hätte unsere Generation dann zugelassen, dass Industrien in Länder abgewandert sind, wo es nicht so strenge Umweltauflagen gibt wie hier.“*

## 5. Schulden suchen Erben

---

Im Jahr 2014 gab die Republik Österreich knapp 8,3 Milliarden Euro für Zinsen aus. Rein finanztechnisch kann das als durchaus moderate Summe gelten, denn immerhin müssen damit die Gläubiger von Krediten bedient werden, die insgesamt knapp 282 Milliarden Euro ausmachen. Im Hinblick auf die allgemeine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes sind diese Zahlen aber enorm. So machen die Staatsschulden 82,6% des BIP aus, 82,6% der Wirtschaftsleistung eines Jahres sind schon verbraucht, noch ehe sie geschaffen werden. Anders ausgedrückt: Wenn spätere Generationen die Staatsschulden einmal zurückzahlen wollen, dann müssen sie dafür das aufwenden, was das ganze Land von 1. Jänner bis 29. Oktober erarbeitet hat.

Diese zugegeben sehr plakative Rechnung ist der Hauptgrund dafür, weshalb viele Experten Metaphern wie „Ausbeutung“ oder „Enteignung“ heranziehen, um das Verhalten der gegenwärtigen Generation gegenüber der Nachwelt zu charakterisieren. *„Auch wir Österreicherinnen und Österreicher leben weit über unsere Verhältnisse auf Kosten der kommenden Generationen“*, heißt es in einem Beitrag, *„so konnte etwa seit 1970 niemals ein Budgetüberschuss erzielt werden und damit auch nur ansatzweise ein Teil der Staatsschulden wieder zurückgezahlt werden. Österreichs Staatsschulden entsprechen einer Pro-Kopf-Verschuldung von über 35.000 €, bezogen auf alle Erwerbstätigen von über 65.000 €/Kopf.“*

Ein anderes Zitat lautet: *„Wer heute konsumiert, was spätere Generationen erst erwirtschaften müssen, betreibt Enteignung. Und tut das noch dazu auf eine besonders teure Weise, denn zu den Kosten selber kommen ja noch Zinsen hinzu.“*

Die Zinsen sind zudem keine Bedrohung, die erst in der Zukunft heraufdämmt, sondern machen sich bereits in der laufenden Buchhaltung unangenehm bemerkbar. Zwar entfalten sie keine unmittelbare Wirkung auf spätere Generationen, weil sie aktuell im jeweils laufenden Budgetjahr beglichen werden müssen. Doch behindern sie indirekt alle langfristig wirkenden Maßnahmen des Staates, indem sie den Spielraum für Ausgaben entsprechend einschränken. Die genannten 8,3 Milliarden Euro entsprechen rund 11% der Gesamtausgaben des Staates von zuletzt 75,7 Milliarden Euro im Jahr. Überdies handelt es sich um besonders unproduktive Ausgaben, weil damit weder Investitionen noch Konsum finanziert werden, ja nicht einmal die Rückzahlung von Schulden – es sind Kosten, die lediglich dafür anfallen, dass die Schulden weiterbestehen. Genau deshalb sind Staatsschulden unsozial, sowohl gegenüber der aktuellen als auch gegenüber der künftigen Bevölkerung: *„Staatsschulden bedeuten ihrer Wirkung nach eine Umverteilung von unten nach oben: Man nimmt den arbeitenden Menschen Steuergeld weg und gibt es den Banken in Form von Zinsen.“*

Die Finanzkrise und ihre Folgen haben ein gewisses Problembewusstsein für hohe Staatsschulden geschaffen. Zwar sind die Sanierungsmaßnahmen, die überall in Europa nach 2008 ergriffen wurden, heftig umstritten, dies aber nur im Hinblick auf den Zeitpunkt und die Heftigkeit der Sparprogramme. In Zeiten schwacher Konjunktur verstärkt öffentliches Sparen die ohnehin bestehenden Probleme – doch dass Staatsschulden im wahrsten Sinn des Wortes eine Hypothek für Staaten darstellen und möglichst abgebaut werden sollen, ist unter Ökonomen jeder ideologischen Ausrichtung unbestritten.

Gerade wegen der konjunkturdämpfenden Wirkung, die mit jeder (noch so sinnvollen) Kürzung von Staatsausgaben einher geht, erwarten die Expertinnen und Experten der Arena Analyse, dass die Sanierung der aktuellen Schuldenkrise in Europa längere Zeit in Anspruch nehmen wird: *„Die aktuelle Schuldenkrise ist letztlich eine Folge des Ungleichgewichts zwischen den Generationen und der Zukunftssicherungssysteme. Darin liegt auch die große Problematik. Ein positives Szenario könnte lauten, dass es über die nächsten Jahre und Jahrzehnte zu einem schrittweisen Abbau dieser Ungleichgewichte und zu einer Stabilisierung des Wirtschaftssystems kommt, die ausschließlich über eine Stabilisierung und nachhaltige Gestaltung der Zukunftssicherungssysteme erzielt werden kann. Ein (glücklicherweise weniger realistisches) negatives Szenario würde darin bestehen, dass die Anpassungen nicht ausreichen, um gravierende weitere Schwierigkeiten im Wirtschaftssystem abzuwenden.“*

Nicht nur wegen der Höhe der Staatsschulden gehen die Experten der Arena Analyse mit der aktuellen Politik hart ins Gericht, sondern auch wegen der Struktur der Ausgaben, die mit diesen Schulden finanziert werden: Naturgemäß macht es einen großen Unterschied, ob Kredite für die Schaffung von Vermögenswerten (sprich: die materielle und geistige Infrastruktur) verwendet werden und ihnen daher Substanz gegenübersteht, oder ob sie für Konsumausgaben aufgehen. Ebenso ist die Frage entscheidend, ob es sich um einmalige Ausgaben handelt, die vielleicht durch Krisen verursacht wurden, oder ob das Geld für wiederkehrende Ausgabenposten durch Schulden aufgebracht werden muss. Bei beiden Kriterien schneidet der österreichische Staatshaushalt schlecht ab: Es sind überwiegend Konsumausgaben, die das Ansteigen der Staatsverschuldung verursacht haben, und es handelt sich überwiegend um Bereiche mit einer schwer zu beeinflussenden, strukturell bedingten Kostendynamik: *„Die steigende Verschuldung der Staatshaushalte ist fast ausschließlich durch drei Blöcke verursacht, nämlich Gesundheit, Pensionen und Föderalismus.“*

Vor allem bei den Pensionen sind die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Arena Analyse überzeugt, dass die Verschiebung der Lasten auf die nächsten Generationen nicht mehr lang aufrechterhalten werden kann. *„Dass die Pensionen eine tickende Zeitbombe sind, wird noch negiert“,* heißt es in einem Beitrag, *„die Politik spielt auf Zeit. Es wird auch noch*

*einige Jahre dauern, aber tiefgreifende Reformen sind unvermeidlich. Aufgrund der demografischen Entwicklung ist nämlich „das System der Umlage – also dass die Generation der Erwerbstätigen jene Mittel erwirtschaftet, mit denen die Pensionen für die alte Generation finanziert werden – längst nur mehr Fiktion. Tatsächlich wird ein steigender Teil der Pensionen aus Schulden finanziert. Gewissermaßen wird damit der Generation der noch Ungeborenen die Finanzierung der Altersversorgung der heutigen Pensionisten aufgebürdet.“*

Da die Entwicklung von der Demografie getrieben wird, lässt sich auch ziemlich genau vorhersagen, wann die inneren Widersprüche untragbar werden: *„Mit Beginn der 2020er Jahre wird das Pensionssystem nochmals für ein gutes Jahrzehnt auf eine erhebliche Belastungsprobe gestellt werden. Die Baby-Boom-Jahrgänge Anfang der 1960er Jahre Geborenen erreichen ihr Pensionsantrittsalter, sie werden das System auf eine Belastungsprobe stellen.“* Diese Belastungen können realistischere Weise wieder nur durch einen Vorgriff auf die Zukunft abgefedert werden, denn gerade weil es sich um eine sehr große Gruppe handelt, werden Kürzungen der Ansprüche nur schwer durchzusetzen sein. Sie wären in den Augen der Expertinnen und Experten auch nicht fair: *„Würde man diese Generation mit Kürzungen belasten, so würde man eine doppelte Ungerechtigkeit begehen. Denn es war diese Generation, die nicht nur einen schwierigen Berufseinstieg hatte in einer Zeit mit rasant wachsender Arbeitslosigkeit, es war auch die Generation, die die Pensionsprivilegien der Vergangenheit finanziert hat.“*

Hier liegt ein Dilemma, das großen politischen Sprengstoff birgt: Die Tatsache nämlich, dass alle Beteiligten es als ungerecht empfinden werden, wenn allfällige Reformen die Lasten zu ihren Ungunsten verschieben. Die oben in einem Zitat erwähnte „tickende Zeitbombe“ besteht im Grunde nur darin, dass *„wir Erwachsene täglich Pensionsguthaben auf unserem Pensionskonto erwerben, die noch immer deutlich über dem liegen, was ein generationengerechtes Pensionssystem eigentlich gutschreiben dürfte – wenn dabei bedacht wird, dass in kommenden Zeiten nicht mehr mit den Wachstumsraten der Vergangenheit gerechnet werden kann. Das System nährt die Illusion, dass systematisch alle Menschen mehr Pension beziehen können, als dem Wert der Einzahlungen entspricht. Die unbequeme Realität ist jedoch, dass das Produktivitätswachstum nicht ausreicht, um das laufend steigende Ungleichgewicht zwischen Einzahlungen und Auszahlungen im Pensionssystem auszugleichen.“*

Das Problem, das die Politik hier zu lösen hat, ist also ein Verteilungskonflikt um die Konsummöglichkeiten zwischen den Generationen. *„Wird das Ungleichgewicht nicht korrigiert, führt jede zu viel konsumierte Einheit direkt dazu, dass jemand aus der jungen Generation dafür weniger konsumieren kann.“*

Wenn es nicht gelingt, in den wenigen verbleibenden Jahren eine nachhaltige Lösung zu finden, könnte aus schierer Geldnot eine radikale

Sanierung nötig sein. Ein Beispiel für ein solches aus dem Gleichgewicht geratenen Umlagesystems findet sich in der jüngeren Vergangenheit. Ein Experte beschreibt die Rettung des Wohlfahrtsfonds der Wiener Ärztekammer Anfang der 1990er Jahre: *„Der Wohlfahrtsfond ist eine Art Pflicht-Zusatzpensionssystem der Kammer. Über Jahre hinweg wurde den pensionierten Ärzten viel zu hohe Pensionsansprüche zuerkannt – sie waren deshalb zu hoch, weil die Leistungsfähigkeit des Fonds und die Entwicklung der Einnahmen falsch berechnet worden waren. Der Wohlfahrtsfonds rutschte de facto in die Pleite, die nur durch einen staatlich besicherten Kredit abgewendet werden konnte. Teil der Sanierung war natürlich auch, dass die Ansprüche der künftigen Pensionisten ‚angepasst‘, also massiv gekürzt wurden. Der Kredit wurde dann über viele Jahre von den aktiven Ärzten zurückbezahlt, die dadurch gleich doppelt belastet wurden: Sie erwarben selber nur deutlich verminderte Ansprüche, zahlten aber dieselben Beiträge wie die Bezieher der hohen Pensionen vor ihnen. Und sie mussten den ungedeckten Teil dieser Ansprüche mit ihren Aktivbeiträgen zusätzlich übernehmen. Ein Aussteigen aus dieser Rückzahlungsverpflichtung, die die Kammer ja eigentlich zu Ungunsten Dritter (der aktiven Ärzte) eingegangen ist, ist wegen der gesetzlich festgelegten Pflichtkammermitgliedschaft nicht möglich. Die Kammerfunktionäre hatten also zu viel Geld versprochen und dann via Beschluss die Schulden der nächsten Generation übertragen – und niemand konnte sich wehren.“*

Die Chancen auf einen politischen Paradigmenwechsel stehen nach Ansicht der Arena-Analyse-Experten schlecht: *„Wer dieses Thema anfasst, kann politisch nur verlieren. Es wird zwar ständig über soziale Gerechtigkeit gesprochen, diese finanzieren wir aber auf Pump und damit auf Kosten der Jungen. Das wird zu einem veränderten Wahlverhalten führen, denn die Jungen werden keine Partei mehr wählen, die auf ihre Kosten den Status Quo aufrechterhält. Wenn es zu Einschnitten kommt, wird wiederum die ältere Generation aufschreien, die ja darauf pochen kann, dass sie ein Leben lang mit Ansprüchen in der erwarteten Höhe gerechnet hat. Es ist zu beobachten, dass es für Menschen schon an eine Katastrophe grenzt, wenn sie vor der Pensionierung zwei Monate länger arbeiten müssen als geplant.“*

Einer der Teilnehmer der Befragung skizziert auch einen konkreten Lösungsvorschlag, basierend auf dem Gedanken, dass die Altersversorgung eigentlich keine Frage der Gesamtwertschöpfung sein dürfte, denn selbst in Zeiten geringen Wachstums liegt das BIP immer noch jedes Jahr in annähernd der gleichen Höhe wie im Jahr davor, und die Größe der Gesamtbevölkerung verändert sich auch nur unwesentlich. Es ist also, vereinfacht ausgedrückt, gleich viel Geld für alle da. Somit handelt es sich lediglich um ein Problem der Verteilung – und die wird leichter, wenn die Gesamtbudgets betrachtet werden.

Ergebnis dieser Überlegung ist der Vorschlag, die Sozialversicherungen aufzulösen und durch eine staatliche Alterspension zu ersetzen, die zur

Gänze aus Steuern finanziert wird. Damit wäre es auch leichter, Lohnnebenkosten zu senken, weil die Finanzierung nicht mehr notwendigerweise von den Bruttogehältern kommen müsste. Wörtlich heißt es: *„Notwendig ist genereller Umstieg auf ein ausschließlich steuerbasiertes System der Finanzierung des Sozial- und Gesundheitssystems. Warum? Weil eben die Lasten NICHT von den Erwerbstätigen allein getragen werden können. Die Frage der Lohnnebenkosten wäre übrigens mitgelöst genauso wie die Frage der Zahl der Sozialversicherungen. Der Wegfall der SV-Beiträge wäre der entscheidende Schritt zur Verwirklichung der Entlastung des Faktors Arbeit und würde die Beschäftigungschancen der jungen Generation deutlich verbessern.“*

Die ungelösten Pensionsprobleme verstellen den Blick auf die Tatsache, dass die steigende Lebenserwartung und die steigende Zahl an nicht mehr erwerbstätigen Menschen auch Chancen für die Gesellschaft bieten. *„Die Pensionistinnen und Pensionisten werden derzeit primär in ihrer Eigenschaft als von der Wertschöpfung (und den darauf basierenden Beiträgen zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme) der aktiv Erwerbstätigen Abhängige betrachtet – als Herausforderung für die langfristige Finanzierbarkeit des Pensions-, Pflege- und Gesundheitssystems. Dagegen werden zu wenige Überlegungen angestellt, wie sich das Potential der nicht mehr aktiv Erwerbstätigen nutzbringend für die Gesellschaft nutzen ließe. Vor dem Hintergrund einer ständig steigenden Lebenserwartung und der Zunahme des Zeitraums, der nach der Pensionierung in guter Gesundheit verbracht werden kann, gewinnen diese Fragen an Dringlichkeit: nicht nur aus ökonomischer Sicht, sondern auch, weil die Potentiale der pensionierten Generation brachliegen.“*

Ein aktives Leben im Alter muss demnach nicht unbedingt mit dem Ausstieg aus dem Berufsleben enden, das Dasein als Beitragszahler nicht unbedingt nahtlos in das eines Versorgten kippen. Es gibt viele Möglichkeiten für nicht auf Erwerb gerichtete, aber für die Gesellschaft nützliche und daher von dieser honorierte Tätigkeiten – wie die bunte Vielfalt an gemeinnützigen Tätigkeiten schon heute zeigt. Eine offene Diskussion über Alterssicherung und Pensionsansprüche sollte auch berücksichtigen, was ältere Menschen zum Gelingen der Gesellschaft beitragen, sie nur als Kostenfaktor zu betrachten, greift zu kurz.

Im Zentrum jeder auf Nachhaltigkeit und Generationen-Fairness bedachten Politik muss jedoch ein neuer Realismus im Hinblick auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten von Gegenwart und Zukunft stehen. Es ist notwendig, die Wachstumserwartungen realistisch einzuschätzen, und es ist notwendig, die Konflikte rund um Staatsausgaben und Pensionen als Verteilungskonflikte zu sehen, bei denen eine Gruppe, die ihre Interessen durchsetzt, zwangsläufig einer anderen etwas wegnimmt – auch wenn es sich dabei um die Gruppe der noch nicht Geborenen handelt, die nicht mit am Verhandlungstisch sitzt. Ein Beitrag fasst die Hintergründe der Debatte

## 5. Schulden suchen Erben

um Staatsschulden und Pensionssystem so zusammen: *„Im Kern geht es wohl um ein Problem, das wir alle nicht gerne wahrhaben wollen: Dass nämlich über die gesamte Gesellschaft hinweg betrachtet nicht mehr konsumiert werden kann, als produziert wird.“*



## 6. Arbeiten bis 80

---

Immer flexibler, immer schneller, mit immer weniger Personal: Wird die Arbeitswelt von morgen skizziert, stehen meist Beschleunigung, Rationalisierung, und vor allem eine längere Lebensarbeitszeit im Zentrum. Lineare Karriereverläufe werden künftig ebenso der Vergangenheit angehören wie automatische Gehaltserhöhung oder Aufstieg nach dem Senioritätsprinzip. Es wird wohl noch eine ganze Generation dauern, bis es die Menschen als Selbstverständlichkeit akzeptieren, dass sie zum Beispiel mit 50 aus ihren Jobs aussteigen, sich Zeit für eine neue Ausbildung nehmen und dann eine neue Karriere starten, die sie bis 75 oder 80 verfolgen können. Denn im Österreich der Zehner- und Zwanzigerjahre trifft zunächst die steigende Lebenserwartung auf eine gleichzeitige Entindustrialisierung und die damit verbundene Abwanderung von Arbeitsplätzen. Zudem steigt die lange Zeit niedrige Frauenerwerbsquote deutlich an – mit der Folge, dass plötzlich alle Kanäle verstopft scheinen: Das Pensionsantrittsalter sollte dringend angehoben werden, aber auf dem Arbeitsmarkt haben Menschen über 60 keine Chance mehr. Gleichzeitig verschärft das verlängerte Arbeitsleben der Alten die Probleme der jungen Menschen, denn schon jetzt finden sogar Hochgebildete kaum Jobs.

Auch die traditionellen Berufsbilder steuern auf einen tiefgreifenden Wandel zu, zahlreiche Tätigkeiten wird es in ihrer bisherigen Form in Zukunft gar nicht mehr geben. Die Liste jener Berufe, die wahrscheinlich in den nächsten zwei oder drei Jahrzehnten von Robotern, Computer-Algorithmen oder anderen Maschinen übernommen werden, ist beunruhigend lang: Finanzmarkt-Trader, Zeitungsredakteure, Lieferwagenfahrer (und analog natürlich Lokführer, U-Bahn- und Tramwayfahrer, LKW-Chauffeure), Postzusteller, Lagerarbeiter, Flugzeugpiloten, Chirurgen, Apotheker – in jedem einzelnen Fall gibt es bereits die Technologien, die menschliche Mitwirkung bei der Erfüllung der jeweiligen Aufgaben überflüssig machen.

Und das sind nur die unmittelbar ersetzten Tätigkeiten, hinter denen ganze Branchen betroffen sein werden. Wenn Papier an Bedeutung verliert, weil Medien und Bücher zusehends elektronisch gelesen werden und das papierlose Büro state of the art wird, hat das tiefgreifende Konsequenzen für eine ganze Produktionskette vom Holzarbeiter über die Papierindustrie bis zu den Druckern und Buchhändlern. Wenn jeder seine Flüge und die private Unterkunft im Netz bucht, wird das klassische Reisebüro irgendwann zum Auslaufmodell. Die Medien sind von der technologischen Entwicklung ebenso betroffen wie Finanzdienstleister oder Handelsunternehmen. Sogar Führungskräfte werden obsolet, wenn Computerprogramme Human Resources-Aufgaben übernehmen. Wir werden in Zukunft unsere Einkäufe im Supermarkt selbst einscannen, bargeldlos bezahlen und unsere Drohne die Einkäufe heimfliegen lassen. Falls wir zum

Shoppern überhaupt noch außer Haus gehen müssen, wenn wir mit 65 im dritten Sabbatical eine berufliche Online-Fortbildung machen. *„Die technischen Entwicklungen beschneiden die Dienstleistungsgesellschaft, verbinden Kunden wieder direkt mit dem gewünschten Produkt, bezahlt wird über Mobiltelefon, der kollektivvertraglich und sozialversicherungsrechtlich geregelte Arbeitsplatz des Zwischenhändlers geht verloren. Gehen wir einen Schritt weiter und denken an die Entwicklung der ersten selbstfahrenden Autos. Was wenn es in Zukunft keiner LKW-Fahrer mehr bedarf? Wo werden die neuen Arbeitsplätze für Verkäufer, Supermarktkassierer, Retailer, LKW-Fahrer oder Hotelfachkräfte in Zukunft entstehen?“*

Eine Forderung an die Politik lautet daher, Rahmenbedingungen zu schaffen, die dieser Entwicklung Rechnung tragen. *„Die Politik muss den Trend zu neuen, digitalen Jobs erkennen und bestehenden Berufszweigen die Möglichkeit geben, sich in diese Richtung neu zu orientieren. Das Unternehmertum muss stärker gefördert und gefordert werden, denn in Zukunft werden es vermehrt die sogenannten neuen Selbstständigen sein, die den Wirtschaftsstandort Österreich prägen“.* Das Internet müsse noch viel mehr als Lebens- und Wirtschaftsraum wahrgenommen werden, nicht nur als Kommunikationsraum, fordert ein Experte: *„Ich möchte mir jedenfalls in der FAZ von einem anderen Menschen das Internet erklären lassen als von Hans Magnus Enzensberger. Die Zukunftsfähigkeit des Landes hängt davon ab, ob die Chancen der digitalen Wirtschaft erkannt werden. SAP ist mittlerweile der einzige europäische Konzern, der noch etwas mit Internet macht. Alles andere spielt sich in den USA und in Asien ab.“*

Gekennzeichnet ist diese „Dritte industrielle Revolution“, wie die fortschreitende Automatisierung bereits genannt wird, auch vom Verschwinden der Hilfsjobs. Tätigkeiten, die einem 15-Jährigen ohne ausreichende Lesekompetenz oder angelernten Hilfsarbeitern früher noch offen gestanden wären, werden zusehends knapper. In einer Gesellschaft, die auf neue Technologien und eine damit einhergehende komplexe Industrieproduktion setzt, *„fallen Menschen ohne ausreichende Grundkompetenzen auch dem Arbeitsprozess, auch aus Ignoranz einer vielfältigen Gesellschaft gegenüber. Es ist nach wie vor unverständlich, warum die Politik, was die Ausbildung und Unterstützung von Zugezogenen betrifft, so wenig unternimmt.“*

### **Im Mehr-Generationen-Unternehmen**

Eine weitere Entwicklung, die mit dem tiefgreifenden Umbruch in der Arbeitswelt einhergeht, ist das Ende der sicheren Jobs. *„Gemeinsam wird vielen Jungen wie Älteren sein, dass sie arbeiten wollen, aber keine Arbeit finden oder arbeiten wollen, aber nicht in dem Ausmaß (mehr als 40 Stunden pro Woche) können – zum Beispiel aufgrund von körperlichen Einschränkungen oder familiären Verpflichtungen, wie der Pflege von kranken Angehörigen oder Kindern.“*

Der US-amerikanische Soziologe Richard Sennett hatte bereits Ende der 1990er-Jahre in seinem Buch „Der flexible Mensch“ beschrieben, wie der zur Schnelligkeit verpflichtende „mp3-Kapitalismus“ die Wertvorstellungen, die bisher in der Arbeitswelt gegolten haben, über den Haufen wirft. Nach Sennetts These kommt es nicht mehr darauf an, seinen Beruf gut zu beherrschen, sondern Arbeitnehmer müssten vor allem die Fähigkeit besitzen, sich immer wieder neuen Rahmenbedingungen und Gegebenheiten anzupassen, eben situationselastisch sein, wie es neuerdings so schön heißt.

Besonders im Arbeitsleben scheinen die Fronten zwischen den Jüngeren und den Älteren vermeintlich klar gezogen zu sein. Ein Szenario lautet: Hier die Jungen, die unter prekären Verhältnissen arbeiten und ein Praktikum nach dem anderen abspulen oder auf der Suche nach einer Lehrstelle sind, dort die Alten, die am Ende ihres Berufslebens über ihr sicheres Höchsteinkommen verfügen und agil und fit die Tage bis zur Pensionierung im Kalender abhaken. Das zweite Bild sieht so aus: Die heute 50-Jährigen müssen gerade erleben, wie das vermeintlich planbare „Erwerbsleben“ zusehends zu einem dehnbaren Begriff wird. Ein heute noch fix scheinender Pensionsantritt kann in immer weitere Ferne und künftig wohl immer näher an die 80 Jahre rücken. Wie die Arbeitsrealität zeigt, muss aber gerade diese Gruppe besonders um ihre Jobs fürchten, denn das One-Way-Ticket in die Langzeitarbeitslosigkeit trägt nur zu häufig den Stempel „zu alt, zu unflexibel und zu teuer“.

### **Lebensarbeitszeit neu**

Der herkömmliche Begriff von Arbeit ist also nicht mehr ausreichend, um die Herausforderungen, vor die der demografische Wandel unsere Gesellschaft stellt, zu bewältigen. *„Vielfach scheint es aber doch eher so zu sein, dass die derzeitige ungleichmäßige Verteilung der bezahlten Arbeit zwischen den Generationen weder den Bedürfnissen der jüngeren noch der älteren Erwerbstätigen gerecht wird: Von den Jüngeren wird gerade in der Phase der Familiengründung sehr viel berufliches Engagement verlangt, während die Älteren gerade dann, wenn sie sich allmählich freigespielt haben, allmählich aus dem Erwerbsleben herausgedrängt werden“.* Eine gleichmäßigere Arbeitsverteilung unter den Generationen wird daher als einer der zentralen Lösungsansätze gesehen. *„Die Einstellung ‚jetzt arbeite ich und dann gehe ich in Pension‘ wird sich ändern müssen in ‚ich will, solange ich kann‘.“*

Dem steht allerdings das österreichische Senioritätsprinzip bei Löhnen und Gehältern im Wege.

Als mögliche Faktoren für mehr Generationen-Fairness im Job werden von mehreren Teilnehmern der Arena Analyse daher die Flexibilisierung der Lebensarbeitszeit genannt, gekoppelt mit flacheren Gehaltskurven. Arbeit und damit Einkommen müssten *„gerade zwischen den Generationen*

*fair verteilt werden“, heißt es in einem Beitrag, denn: „warum muss man zwischen 30 und 50 arbeiten bis zum Umfallen und dafür andere Dinge auf die Pension schieben?“ Doch auch durchaus harte Schnitte werden angedacht: „Es muss eine Umverteilung von den Alten zu den Jungen geben. Sprich höhere Einstiegsgehälter gemäß der Produktivität, da sollte durchaus auch in bestehende Verträge eingegriffen werden.“*

Damit einher geht die noch kaum als solche wahr genommene Chance für neue Lebensentwürfe *„abseits der strikt linearen Aneinanderreihung Ausbildung – Beruf – Kinder – Beruf – Pension“*. Diese Flexibilisierung wird zur Folge haben, dass die Unternehmen neue Arbeitszeitmodelle entwickeln und anbieten werden müssen, weil es künftig zur Normalität gehören wird, dass in den Betrieben mehrere Generationen gleichzeitig arbeiten, *„dies erfordert jedoch eine Arbeitsorganisation, in der nicht ausgeschlossen, sondern eingeschlossen wird - Teilzeitarbeit, Teilzeitruhestand, Teilzeitkrankenstand und Teilzeitbildung inklusive.“* Sprich: In den Erwerbsbiografien der Zukunft werden einander Auszeiten, Sabbaticals und Phasen von Teil- und Vollzeitarbeit abwechseln und darauf werden sich die Unternehmen ebenso einstellen müssen wie auch auf eine weitere Herausforderung, die damit einhergeht: *„Wie kann erworbenes Wissen in einem Unternehmen vor dem Hintergrund schnelllebiger und stärker fluktuierender Arbeitsmodelle gehalten werden?“*

Die Lebenserwartung steigt, die Menschen werden daher künftig länger im Erwerbsleben stehen und Ältere mit Jüngeren zusammenarbeiten. Vereinzelt denken Unternehmen bereits über generationenübergreifende Arbeitsformen für ihre Belegschaft nach, aber eine Arbeitskultur, die auch auf die Bedürfnisse älterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Rücksicht nimmt und deren Expertise und Erfahrung nicht brach liegen lässt, muss in Österreich, *„wo das Alter einer Arbeitskraft weniger als Resultat eines biologischen Prozesses, denn vielmehr als persönlicher und eigenverschuldeter Makel angesehen wird“*, wie es ein Experte zugespitzt formuliert, allerdings erst entstehen. Denn die Leistungsfähigkeit wird nicht linear mit der Lebenserwartung steigen, darauf wird gerade bei Menschen mit körperlich anstrengenden Berufen Bedacht genommen werden müssen.

In den skandinavischen Ländern, wie bei vielen gesellschaftspolitisch innovativen Lösungsansätzen auch hier voraus, wird es bereits ansatzweise als selbstverständlich betrachtet, dass Unternehmen auch noch in die Fortbildung von Mitarbeitern jenseits der 50 investieren. In Schweden haben gezielte Förderungen und staatliche Partnerschaften mit der Wirtschaft dafür gesorgt, dass auch ältere Menschen im Arbeitsprozess bleiben. Immerhin waren in Schweden im Jahr 2010 noch 61 Prozent der 60- bis 64-Jährigen erwerbstätig, in Österreich lag die Erwerbsquote genau in dieser Gruppe gerade einmal bei 22 Prozent. Anhand der Zahlen des dortigen Pensionsmodells – kein Umlagemodell, jeder zahlt für sich selbst in den Topf ein – ist abzulesen, wie selbstverständlich ältere Arbeitnehmer

bereits geworden sind. Denn jeder siebente Schwede kehrt nach der Pensionierung wieder für durchschnittlich drei Jahre ins Berufsleben zurück, das wäre ohne die entsprechenden Arbeitsplätze wohl nicht möglich. Gleichzeitig zeigt sich in Skandinavien auch, dass Staaten mit einem hoch entwickelten Verständnis für die Bedürfnisse der Generationen und einer dadurch hohen Altersbeschäftigung auch gleichzeitig eine höhere Jugendbeschäftigungsquote aufweisen.

Doch wird es in Österreich wohl noch dauern, bis abseits der traditionellen Bahnen Ausbildung – Beruf – Pension gedacht werden wird. Es gibt sie zwar, die Grey Entrepreneurs, die mit 65 noch nicht in Pension gehen wollen oder es sich schlicht auch nicht leisten können. Studien, wie der Engagement Index Deutschland 2012 von Gallup *„kommen jedoch zum Schluss, dass jeder Dritte der sogenannten Baby-Boomer-Generation emotional nicht mehr mit seiner Firma verbunden ist und nur mehr das Nötigste arbeiten würde, ähnliche Ergebnisse gibt es für Österreich. Ein Drittel der Menschen scheint in Feldern zu arbeiten, die sie überfordern oder nicht interessieren. Dieses Problem ist hauptverantwortlich dafür, dass Menschen der Pension entgegenfiebern und gar nicht interessiert scheinen, Lebensentwürfe und Phasen neu zu denken bzw. eventuell länger arbeiten zu wollen.“*

### **Die ausbalancierte Generation Y**

Doch die Jungen, die seit ihrer Kindheit erleben, wie ihre Eltern erschöpft durch den Alltag hetzen, stellen andere Ansprüche an ihr Leben und damit auch an ihre Arbeit. Ihnen ist eine ausgewogene Work-Life-Balance wichtig, dafür wird auch ein geringeres Einkommen bewusst in Kauf genommen: Glück statt Geld und Macht lautet die Lebenshaltung der Generation Y, die sich deswegen in Medienberichten bereits als „Generation Weichei“ verspotten lassen musste. Man möchte die Kinderbetreuung partnerschaftlich gestalten und arbeitet lieber projektbezogen statt in vorgegebenen Unternehmenshierarchien. *„Früher haben junge Leute beim Einstellungsgespräch gefragt, was sie tun müssen, um möglichst rasch Karriere machen können, jetzt werden Karriereangebote häufig dankend angelehnt“*, heißt es in einem Beitrag.

Die Arbeitgeber werden in Zukunft bei der Anwerbung qualifizierter Arbeitskräfte mehr als gute Gehälter bieten müssen; mit Aktienpaketen und Dienstwagen lassen sich die Angehörigen der Generation Y, die für die Work-Life-Balance auch zu Abstrichen beim Einkommen bereit sind, nicht mehr ködern, wenn sie dafür 60 Wochenstunden arbeiten müssen. *„Unternehmer und Unternehmerinnen stehen vor der Herausforderung, sich mit flexiblen, unkonventionellen, freizeit- und familienfreundlichen Arbeitsmodellen auf dem Markt zu positionieren, um für jüngere Generationen attraktiv zu sein.“* Traditionelle Werte wie Karriere, Erfolg, Sicherheit, die bis vor 10, 15 Jahren gegolten haben, stehen für die heute

25- bis 30-Jährigen nicht mehr in diesem Ausmaß im Vordergrund. Die Arbeit muss sinnstiftend sein, der Selbstverwirklichung dienen und gesellschaftliche Relevanz besitzen. Dafür und für die Balance zwischen Arbeit und Privatleben und die Möglichkeit, sich um die Familie zu kümmern, werden auch bewusst Gehaltseinbußen in Kauf genommen. *„Diese Thematik wird meist nach der Ausbildung manifest – bei jungen Leuten mit höherem Bildungsgrad, aber auch genauso bei jungen Menschen mit Pflichtschulabschluss.“* Die Älteren mit Burnout sind in der Arbeitswelt nicht gerade das Role Model die Jüngeren, denn *„im positiven Sinn, sind Jüngere auch selbstbewusster und lassen sich nicht alles am Arbeitsplatz gefallen.“* Dass Österreich noch in den alten Strukturen verhaftet ist, mag mit ein Grund sein, warum gut ausgebildete und motivierte junge Leute ins Ausland gehen *„und es gibt viele junge Menschen aus Osteuropa, die gerne in Österreich Fuß fassen würden, was ihnen von den geltenden gesetzlichen Rahmenbedingungen aber oft nahezu unmöglich gemacht wird. Wir lassen damit großes Potential brach liegen.“*

Die zunehmende Flexibilität bei den Arbeitsmodellen wird auch neue Formen des Miteinanders am Arbeitsplatz hervorbringen, Hierarchien werden immer mehr verflachen. *„Führungskräfte und MitarbeiterInnen arbeiten auf Augenhöhe, einzelne Expertise und Erfahrungen zählen mehr als Hierarchiestufen. Die Lösung von unternehmerischen Aufgaben erfolgt zunehmend aus einer Projekt- statt einer Linienlogik, in der Kompetenzen und Expertisen flexibel gebündelt werden.“* Es stellt sich auch die Frage, ob es künftig überhaupt noch Arbeitsplätze und Arbeitszeiten im herkömmlichen Sinn geben wird. Die heute 25- bis 30-Jährigen sehen ihr Berufsleben nicht mehr an Ort und Zeit gebunden, sie arbeiten lieber projektorientiert, Machtpositionen sind vielen schnuppe, wenn sie dafür stattdessen Zeit für den Kindergeburtstag daheim haben. *„Mehr Freiheit und Eigenverantwortung schaffen mehr Raum für Ideen und Kreativität bei der Lösung von anstehenden Problemen. Die Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wächst, die Bindung zum Arbeitgeber wird dadurch positiv beeinflusst. Darauf aufbauend entstehen neue Konzepte, wie Wissen aufgebaut, in Unternehmen gemanagt, verteilt und letztendlich gehalten wird – generationen-übergreifend.“* Oder wie es die Buchautorin Kerstin Bund, selbst eine Vertreterin der Generation Y, in der „Zeit“ selbstbewusst formuliert: *„Die Älteren können uns dankbar sein, denn auch sie wollen anders arbeiten. Auch sie wünschen sich mehr Flexibilität und mehr Freiräume, wie Studien belegen, auch sie sehnen sich nach regelmäßigem Feedback und einer klaren Perspektive. Meine Generation kämpft also nicht nur für sich, sie kämpft für eine Kultur, die allen nützt.“*

## 7. Bildungs-Revolution

---

Die neuen Herausforderungen der Arbeitswelt stellen zunächst einmal das Bildungssystem vor neue Herausforderungen. Die rasche Transformation der Wirtschaft hin zu einer wissensbasierten, immer stärker in Online-Netzen stattfindenden Post-Industrie macht selbst für einfache Tätigkeiten immer höhere Qualifikationen erforderlich. *„Der Anspruch auf eine umfassende Bildung, im Sinne von individueller Förderung und Forderung in einem Gesamtbildungssystem vom zweiten bis zum 16. Lebensjahr ist das Gebot der Stunde.“*

In Österreich kommen die Bildungseinrichtungen aber schon mit den Anforderungen der Gegenwart nur mangelhaft zurecht. Auch nach intensiven bildungspolitischen Diskussionen und einem Volksbegehren bleiben die wesentlichen Kritikpunkte aufrecht und werden von den Teilnehmern der Arena Analyse in den meisten Beiträgen angesprochen:

1. Es besteht kein gesellschaftlicher Konsens über die Ziele der Bildung: *„Das wird zwar viel diskutiert, bleibt aber an der Oberfläche hängen. Was wollen wir denn nun? Ein humanistisches Bildungsideal, das ein irgendwie definiertes umfassendes Allgemeinwissen vermittelt? Oder die Chance, Spezialistentum in einem eng umgrenzten Fach zu erwerben? Ständig ist von Kompetenzen die Rede, junge Menschen sollen nicht Wissen, sondern Fähigkeiten erwerben – doch wenn man näher hinsieht, entpuppen sich diese Begriffe als leere Schlagworte.“*
2. Es fehlt an Vielfalt der Bildungsangebote. Dort, wo Vielfalt herrscht, ist sie hierarchisch definiert, immer noch gilt ein akademischer Titel mehr als eine profunde Facharbeiterausbildung, ungeachtet der wahren Qualifikation, die im konkreten Fall dahinter stehen mag. *„Deshalb lautet das Ziel, möglichst vielen jungen Leuten eine akademische Ausbildung zu gewährleisten. Man muss dabei aber zugleich sehen, dass eine solche Bildungsexplosion eine Nivellierung nach oben bewirkt. Der akademische Abschluss per se hat auf dem Arbeitsmarkt keinen Wert mehr, weil er den Normalfall darstellt und keine Auskunft über die Fähigkeiten seines Trägers gibt.“*
3. Versagen und Ratlosigkeit am unteren Ende der Bildungspyramide. Unsere Bildungseinrichtungen wissen nichts mit jenen Jugendlichen anzufangen, die selbst an der Hauptschule scheitern – wofür in der Praxis meist eher soziale oder entwicklungspsychologische Gründe verantwortlich sind als mangelnde kognitive Entwicklung. *„Jeder vierte 15-Jährige kann nicht sinnerfassend lesen“, kritisiert ein Experte, „unser System produziert Drop-outs, für die es dann überhaupt kein sinnvolles Angebot mehr gibt. Doch die Hilfsarbeiterjobs, bei denen jemand nicht unbedingt Lesen und Schreiben können muss, werden immer seltener, es gibt für diese Menschen praktisch keinen Platz auf dem Arbeitsmarkt. Diese Jugendlichen werden im Stich gelassen.“*
4. Bildung ist ein Privileg der durch Bildung definierten Schichten. Der Zugang zu den Angeboten der höheren Bildung hat wenig mit finanziellen Möglichkeiten oder der sozialen Herkunft zu tun, sondern

fast ausschließlich mit dem Bildungsniveau der Eltern. Ein Experte spricht von *„ausgeprägter Bildungsvererbung“*, aus der soziale Ungerechtigkeit erwächst, die aber auch gesamtgesellschaftlich *„mit negativen ökonomischen Effekten verbunden ist, weil sie die optimale Ausschöpfung aller Talente verhindert“*.

Tatsächlich zeigt die Statistik, dass sich in Österreich der wahrscheinliche künftige Bildungsweg eines Kindes allein durch einen Blick auf die Bildungsabschlüsse der Eltern vorhersagen lässt. Es ist gar nicht nötig, Intelligenz und Fähigkeiten von Schulanfängern zu testen, denn mit hoher Treffsicherheit gilt: Wenn es sich um Kinder von Akademikern handelt, werden sie einmal auf die Uni gehen, sonst mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht – mutatis mutandis gilt Ähnliches für andere Segmente des Bildungswesens. Auf diese Weise entsteht eine nach Bildungsabschluss stratifizierte Gesellschaft, die sich fast schon mit dem Karriereschema der Landesbeamten vergleichen lässt: Der A-Cluster jener Familien, wo eine Generation nach der anderen die akademische Laufbahn einschlägt; der B-Cluster, wo sich die Kinder mit der Matura begnügen, weil das auch die Eltern so getan haben; der C-Cluster, wo die Kinder wie die Eltern mit Hauptschulabschluss und Lehre ins Leben treten.

Das Bild ist etwas überzeichnet, stellt aber die empirische Wahrheit sehr plastisch dar. Es zeigt deutlich, dass die Debatte um Studiengebühren ein sinnloser Prestigekampf an einer bildungspolitischen Nebenfront war – ihre Einführung oder Abschaffung ändert nicht das Geringste an der Bildungsklassengesellschaft in Österreich. Ein Experte vermutet deshalb hinter der gegenseitigen Blockade der Interessensgruppen bei der Bildungsreform *„eine Art Besitzstandswahrung: Das bürgerliche Bildungsprivileg soll gewahrt bleiben. Auf der Strecke bleiben die sogenannten bildungsfernen Schichten, vor allem auch Migrantenkinder. Hier ist es dringend nötig, die aus dem 19. Jahrhundert stammende Gymnasialstruktur dem 21. Jahrhundert anzupassen und die Chancengleichheit zu erhöhen.“*

Eine gründliche Reform des Bildungssystems ist eine wesentliche Leistung, die unsere Generation für die Enkel erbringen muss, fordern die Experten der Arena Analyse. Denn im Bildungswesen greifen Veränderungen immer nur sehr langfristig, zugleich werden die Möglichkeiten und Chancen einer ganzen Generation dadurch determiniert, was ihnen an Bildung mit auf den Weg gegeben wird. *„Das entscheidende Problem ist das Bildungs- und Informationsproblem“*, schreibt denn auch eine Teilnehmerin, *„die Möglichkeiten der Informationen unterscheiden sich in den Generationen, ebenso die angebotene Bildung. Die gegenwärtige Bildungsdiskussion widerspiegelt auch die Ratlosigkeit der handelnden Institutionen der Politik.“*

So verweist ein Experte auf die Tatsache, dass die wesentlichen Strukturen unseres Bildungssystems immer noch jene sind, die zu Zeiten Maria Theresias geschaffen wurden: *„Es sei nur daran erinnert, dass der*



*Rhythmus ‚50 Minuten Unterricht / 10 Minuten Pause‘ ursprünglich aus der Maria Theresianischen Exerzierordnung stammte. Im Bundesheer ist er längst verschwunden, im Bildungssystem gibt er noch immer den Bildungstakt an. Wir verwenden auch bis heute die Schultypen Volksschule, Bürgerschule (heute Hauptschule) und Gymnasium, in denen sich die ursprüngliche ständische Struktur der Bildung und ihre mangelnde soziale Durchlässigkeit abbilden“.*

Diese dringend nötigen Reformen lösen aber nur die verschleppten Bildungsprobleme der Gegenwart – die Herausforderungen der Zukunft erfordern noch weit intensiveres Nachdenken. Denn wir müssen den Kindern und Enkeln heute die Möglichkeit eröffnen, die Qualifikationen für morgen zu erwerben, ohne noch genau zu wissen, worin diese bestehen werden müssen. Klar ist jedenfalls: *„Künftige Generationen werden in einer weitaus globalisierteren und technologisierteren Welt leben und arbeiten, als wir das heute noch kennen. Dies bedeutet, dass unser Bildungssystem künftige Generationen weit besser auf diese internationale, aber auch inhaltliche Konkurrenzsituation vorbereiten müsste, als das gegenwärtig der Fall ist. In der Zukunft werden Kompetenzen – unabhängig davon, wie sie erworben werden – eine größere Rolle spielen als formelle Bildungsabschlüsse.*

### **Kreativität und Innovation**

Eine der größten Schwachstellen der Bildungssysteme überall in Europa scheint die mangelnde Erziehung zu innovativem Denken zu sein, denn derzeit werden die Chancen, die aus den großen technologischen Umwälzungen entstehen, überwiegend in den USA und in Ostasien genutzt, während Europa eher die Nachteile zu verarbeiten hat. *„Eine funktionierende Wirtschaft, die Wohlstand sichert, braucht Innovation – sonst gibt es keine neuen Berufsfelder. Die werden die Jüngeren aber brauchen, denn für immer mehr schon bestehende Tätigkeiten ist Arbeit in Österreich einfach zu teuer.“*

Daher liegt die Zielformulierung auf der Hand: *„Was die Technologiekompetenz betrifft, müssen wir von einer Technologienutzungs- zu einer Technologieentwicklungsgesellschaft werden. Dies bedeutet, Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung bereits im Schulsystem zu bieten.“* Dazu müssen aber manche Prinzipien auf den Kopf gestellt werden, denn wenn Kinder zu Innovatoren, Veränderern, Erfindern erzogen werden sollen, müssen sie zum einen ermutigt werden, Bildungsinhalte in Frage zu stellen, als sie brav zu übernehmen. Zum anderen müssen sie lernen, Fehler und Misserfolge nicht als Zeichen für mangelnde Fähigkeiten zu verstehen, sondern als willkommene Möglichkeiten, daraus zu lernen und einen Schritt weiter zu kommen. Das Bildungssystem der Zukunft sollte also *„Kreativität fördern und das Scheitern von Forschungsprojekten bereits im Kindesalter von einem Stigma zu einer akzeptierten Normalität machen.“*

Solche neuen Orientierungen braucht nach Ansicht der Expertinnen und Experten nicht nur das System der höheren Bildung, bei dem der Bedarf an Reformen (wenn auch nicht die Richtung) ohnehin unbestritten ist. Auch das erfolgreiche und deshalb politisch außer Streit stehende System von Lehre und Berufsschulen darf nicht auf dem Status quo stehen bleiben: *„Es ist nötig, auch das – in der Übersetzung von Ausbildung in die Arbeitswelt äußerst erfolgreiche – duale Ausbildungssystem auf dessen langfristige Überlebensfähigkeit zu überprüfen. Die Qualifikations- und Flexibilitätsansprüche an Facharbeiter werden künftig höher werden. Lebenslange Beschäftigungsgarantie im selben Sektor der Lehrlingsausbildung wird seltener – das muss auch im berufsorientierten Ausbildungszweig Berücksichtigung finden“*. Künftige Facharbeiterinnen und Facharbeiter sollen schon in ihrer Ausbildung darauf vorbereitet werden, dass sie in eine Berufssparte eintreten, die sich wahrscheinlich stark entwickeln und verändern wird: *„Österreichs Zukunft kann nicht in einer verlängerten Werkbankidee anderer, technologisch weiterentwickelter Staaten bestehen“*.

### **Wettbewerb und Internationalität**

Die Experten der Arena Analyse sehen den einzigen Weg zu einer nachhaltigen Weiterentwicklung der Bildungseinrichtungen darin, für Transparenz hinsichtlich deren Leistungsfähigkeit zu sorgen und damit auch die Grundlage für einen Qualitätswettbewerb zu schaffen. *„Ziel müsste es sein, den Kompetenzaufbau über eine stärkere Output-Messung unseres Bildungssystems und über den Vergleich mit anderen Ländern zu fördern. Dabei können wir uns ruhig Mut in Bezug auf die Vielfalt der Wege dorthin leisten. Die besten Schulen sollen sich mit den von ihnen selbst gestalteten Bildungsangeboten durchsetzen und in einer transparent kommunizierten Output-Messung mit anderen Schulen messen. Die Zentralmatura ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung, aber es muss auch vollkommene Output-Transparenz geben.“*

Doch Transparenz, so hat ein anderer Teilnehmer festgestellt, *„wird in Österreich immer noch stark als Bedrohung empfunden. Schulen und Lehrer haben Angst, in einer transparenten Output-Messung ihrer Arbeit schlecht abzuschneiden und versuchen daher, jede Form von Vergleichbarkeit so lange wie möglich hinauszuschieben“*. Freilich hat Wettbewerb nur dort Sinn, wo die Konkurrenten auch tatsächlich die Möglichkeit haben, ihre Performance durch eigene Anstrengungen und eigene Ideen zu verbessern, im Fall der Schulen kann er deshalb *„nur dann erzielt werden, wenn man auch weitgehende Autonomie in Mittelallokation und Unterrichtsform zulässt“*.

Ein weiteres Ziel für das Bildungssystem sollte darin liegen, es *„in beide Richtungen internationaler zu machen“*. Gemeint ist damit, dass Schülerinnen und Schüler wie auch Studierende Zeit in anderen

europäischen Ländern verbringen sollen und gleichzeitig ausländische Studierende in Österreich willkommen sein sollen. An den Universitäten ist diese Öffnung schon weitgehend gelungen, vor allem bei technischen und naturwissenschaftlichen Fächern, die ja ihrem Wesen nach stärker globalisiert sind als etwa die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern oder philologische Studien. So liegt der Ausländeranteil bei den Studierenden an der Wiener Technischen Universität bei rund 30 Prozent, wobei deutlich mehr Studierende nach Österreich kommen als ins Ausland gehen. Da letzteres auch für andere Fächer gilt, wird in einem der Arena-Analyse-Beiträge angeregt: *„Es wäre gut, die Studierenden aus dem Ausland nach ihrem Abschluss im Land zu halten: Sie sind für Österreichs Leitbetriebe wichtig und bilden durch ihre Sprach- und Kulturkenntnisse Brücken für die Standorte oder die Marktpräsenz dieser Betriebe im Ausland.“*

## 8. In der Alten-WG

---

Noch nie haben so viele Generationen gleichzeitig gelebt. Für die Kleinsten wird es dank der steigenden Lebenserwartung einmal selbstverständlich sein, dass an ihrem Geburtstag nicht nur die Großeltern dabei sind, wenn sie die Kerzen auf der Torte ausblasen, sondern dass sogar noch die Urgroßeltern mitfeiern werden. Und vielleicht müssen die betagten Familienmitglieder gar keinen weiten Weg für den Kindergeburtstag auf sich nehmen, weil sie gleich nebenan in einer altengerechten, barrierefreien Wohneinheit mit mobiler Betreuung leben. Erlebt die Großfamilie tatsächlich eine Renaissance oder ist die Vorstellung vom Zusammenleben mehrerer Generationen nur ein postmodern verklärtes Nach-vorn-in-die-Vergangenheit? Die Idee von der neuen Großfamilie ist jedenfalls ein Indiz dafür, dass sich neue Formen des Miteinander herausbilden, denn, wie mehrere Expertinnen und Experten der Arena Analyse meinen, *„gilt es, wieder Brücken zwischen den Generationen zu schlagen“*. Ein nicht ganz einfaches Unterfangen. Studien belegen, dass es außerhalb der eigenen Familie kaum Austausch und Verständnis zwischen den einzelnen Generationen gibt.

Gleichzeitig weisen Untersuchungen immer wieder die Familienbände als tragfähige Solidargemeinschaft aus. *„Ältere Menschen unterstützen ihre Jungen finanziell und mit Zurverfügungstellung ihrer Freizeit, jüngere die Alten etwa durch freiwillige Pflegedienste oder Hilfe beim Gebrauch neuer Technologien.“* Doch ist die Solidarität wohl nicht durchgehend von freudiger Hingabe begleitet, im Gegenteil bemerkt ein Teilnehmer eine zusehends gereizte Stimmung zwischen den Generationen. *„Die jungen Leute, die das Gefühl haben, zu kurz zu kommen, sind den Älteren gegenüber leicht genervt. Weil sie sich bedrängt fühlen, nicht die Chancen zu haben, die sie gerne hätten. Und es ist nicht zu erwarten, dass plötzlich alle vernünftig werden und gemeinsam versuchen, eine Lösung zu finden. Das heißt, der intergenerationelle Verteilungskonflikt wird zunehmen.“*

Allerdings darf beim Interessenausgleich zwischen Alt und Jung nicht übersehen werden, dass sich die Grenzen zwischen den Generationen in vielen Bereichen verwischen. Das viel beschriebene „Sechzig ist das neue Vierzig“-Phänomen, also das Beibehalten von typisch jugendlichem Alltags- und Freizeitverhalten auch an der Schwelle zur Pension und darüber hinweg, ist nur ein Indiz dafür, dass sich neue Formen des Miteinander herausbilden. *„Das Thema Generationen steht und fällt mit der Frage nach der Solidarität, dem Zusammenhalt, den Gemeinsamkeiten und den Bruchlinien zwischen heranwachsenden, jungen und älteren Menschen“*, lautet ein Beitrag zur Arena Analyse.

### Das Generationen-Patchwork

Über die Frage, welche neuen Wohnformen der demografische Wandel hervorbringen wird, haben sich mehrere Teilnehmer und Teilnehmerinnen Gedanken gemacht. Im Wesentlichen geht es dabei um die Themenkomplexe: Ist die „Golden Girls and Boys“-WG ein realisierbares Modell oder ist die Vorstellung von einer Alten-Wohngemeinschaft bloß dem die Realität verweigernden Blick der heute 50-Jährigen in ihre Zukunft geschuldet? Wie und von wem werden künftig pflegebedürftige Menschen betreut? Wichtig scheint dabei zu sein, dass quer durch alle Generationen eine Win-Win-Situation entstehen soll. *„Neue Lebensformen und Lebenskonzeptionen sollten die Vorteile des Alters und des Jungseins kombinieren“*, heißt es in einem Beitrag.

Fest steht, dass sich der Anteil der über 80-Jährigen in Europa in den kommenden 20 Jahren verdoppeln wird und die Vertreterinnen und Vertreter der „Babyboomer“-Generation ab 2040 die Wohn- und Lebensformen älterer Menschen entscheidend prägen werden. Viele werden noch fit, reiselustig und konsumorientiert sein und sie werden möglichst lange autonom leben wollen. In dem Wunsch nach einem selbstbestimmten Alltag unterscheiden sich die künftigen Alten noch nicht von den Senioren der Gegenwart. Alle wollen schließlich in der eigenen Wohnung, im eigenen Haus bleiben, solange es geht. Bloß werden sich die Babyboomer bei der Frage, wie und wo sie im Alter wohnen und leben werden, wohl nicht mehr mit „warm, satt, sauber“ abspeisen lassen. *„Diese Senioren möchten nicht in ein herkömmliches Altersheim am Waldesrand außerhalb bewohnter Zentren „abgeschoben“ werden, sondern haben das Bedürfnis nach selbstständiger Haushaltsführung in der Nähe ihres sozialen Umfeldes“*, prognostiziert eine Expertin. Da bleiben zwar die Alten unter sich, aber sie wohnen immerhin weiter im gewohnten städtischen Umfeld. Denn, wie ein Experte anmerkt, sei *„ein kulturelles und soziales Auseinanderdriften zwischen modernen, urbanen Zentren und der Peripherie (ländlicher Raum, entlegene Vorstädte) zu beobachten, auch hier verläuft die Trennlinie oft entlang von Generationen, die den einen oder anderen geographischen Raum dominieren. „Generationen“ steht hier aber auch oft für Gewinner und Verlierer der Globalisierung beziehungsweise der allgemeinen gesellschaftlichen Flexibilisierung. Andreas Gabalier versus Conchita Wurst ist hier paradigmatisch für die Trennlinien.“* Doch wenn es nicht das „Haus Waldesruh“ sein soll, wie werden die Menschen in 20 Jahren leben wollen und vor allem leben können? Seniorenwohnheime, wie wir sie heute kennen, werden den Ansprüchen und Wünschen der heute 50- bis 60-Jährigen wohl schwerlich entsprechen, daher wird *„die Nachfrage nach „Alters-Wohngemeinschaften“, Mehrgenerationenhäusern, Pflegehotels oder multikulturellen Wohnformen massiv zunehmen, ebenso wie nach modularer, hindernisfreier Bauweise und Dienstleistungen für die Hausbetreuung“*. Großes Potenzial wird in

diesem Zusammenhang in der Großfamilie „*außerhalb klassisch familiärer Strukturen*“ gesehen, also in Wohnprojekten, wo mehrere Generationen zusammenleben, ohne verwandt miteinander zu sein, ein Generationen-Patchwork sozusagen. Die Kommunen beginnen allmählich auf diese Facette des demografischen Wandels zu reagieren und es entstehen im urbanen Raum vermehrt Wohnprojekte, die für das Zusammenleben unterschiedlicher Generationen konzipiert sind.

Für hochbetagte Menschen werden womöglich technische Innovationen ein stärker selbstbestimmtes Leben möglich machen. Der viel strapazierte Modebegriff „smart“ wird mit einer gewissen Berechtigung mittlerweile auch auf elektronisch hochgerüstete Wohnungen angewendet. Smart Appartements verfügen etwa über Sensoren, die bemerken, wenn die Bewohnerin hingefallen ist – sie rufen dann automatisch einen Hilfsdienst an. Der Heim-Computer merkt aber auch, wenn der alte Herr oder die alte Dame ihr Abendmahl nicht gegessen haben, er erinnert sie ans Einnehmen der täglichen Herztabletten, er dreht automatisch die Heizung hoch, wenn die Senioren vor dem Fernseher einschlafen, und so weiter.

Solche Erfindungen machen es möglich, dass alte Menschen trotz sinkender Mobilität in ihren Wohnungen bleiben können, doch liefern sie kein Rezept gegen die Vereinsamung und das Gefühl der Nutzlosigkeit, unter dem die Alten oft leiden. Deshalb braucht es auch Modelle, die alten Menschen wieder neue Rollen geben könnten. *„Notwendig ist ein Modell, das dafür sorgt, dass die Senioren nicht zu bloßen Konsumenten werden. Viele Menschen werden künftig noch bis 80 oder 90 gesund sein, das Potential, das auch noch in diesem Lebensabschnitt liegt, wird derzeit nicht genutzt. Die kaufkräftigen Senioren brauchen neue Beschäftigungen, die dem Gemeinwohl dienen, zum Beispiel im Nachbarschaftsbereich.“* Es gebe in der Schweiz den Begriff „Migros-Generation“ für die orientierungslosen Senioren, *„die in den Migros-Restaurants dahin vegetieren. Oder mit dem Senioren-Generalabonnement kreuz und quer mit der Bahn durch das Land fahren.“*

Doch sind es heute bereits ganz praktische Probleme, die ein neues Miteinander beim Zusammenwohnen forcieren, die Trennung – Kinder, Eltern und Großeltern wohnen jeweils in getrennten Wohnungen – erweist sich als ökonomisch und sozial ineffizient: Junge Menschen können sich immer weniger eigene vier Wände leisten, gleichzeitig wird die ausgelagerte Betreuung der Alten unfinanzierbar. *„Viele Ältere leben in Wohnungen, die ihnen irgendwann zu groß werden, während viele Junge auf Wohnungssuche sind. Hier könnte es neue Formen des Zusammenlebens geben, zum Beispiel Wohnen gegen Hilfe im Alltag.“* Die Alten-WG ist da vermutlich nur eine Notlösung: Menschen zwischen 60 und 80 teilen sich die Kosten einer Wohnung und organisieren ein gewisses Maß an Betreuung gemeinsam. Theoretisch, denn daran, ob sich diese Wohnform gerade für alte Menschen eignet, wurden von einer Teilnehmerin auch

Zweifel geäußert: *„Ich bin skeptisch, ob die häufig genannten Alten-WGs auch wirklich klappen. Wenn jemand immer alleine gelebt hat, wird er im Alter nur schwerlich wieder ein Bad, eine Küche und einen Fernseher mit anderen teilen wollen.“* Dies wird auch im Bundesseniorenplan „Altern und Zukunft“ thematisiert: *„Ein häufiges Grundproblem bei vielen Projekten liegt darin, dass sich ältere Menschen oft primär für das Wohnen, jedoch weniger für die Gemeinschaft interessieren.“*

Doch auch die Jüngeren sind wieder verstärkt auf die Solidarität zwischen den Generationen angewiesen. Der Mikrozensus 2013 zeigt: Von den 25- bis 29-Jährigen wohnen 34 Prozent der Männer und 19 Prozent der Frauen mit mindestens einem Elternteil zusammen – was als „Hotel Mama“ abfällig belächelt wird, könnte in Wahrheit der Grundstein für die erhofften Mehrgenerationenhäuser sein. *„Wohnen die jungen Erwachsenen nur deshalb mit den Eltern zusammen, weil sie sich bekochen lassen und ihre Wäsche nicht selbst in die Trommel laden wollen? Oder haben wir es vielleicht mit einem neuen Trend der Generationensolidarität zu tun? Sollten wir uns nicht darüber freuen, dass das Verhältnis zwischen Eltern und ihren Kindern mittlerweile so partnerschaftlich geworden ist, dass sich alte, auf Alter fußende, Hierarchien verflüssigen?“*, schrieb eine Teilnehmerin. Während Mehrgenerationen-Wohnen hip und die Sehnsucht nach der guten alten neuen Großfamilie stark ist, werde der Sohn der Nachbarin, der noch mit seiner Mutter zusammenlebt, weil er *„noch nicht in der Berufswelt etabliert ist und sich keinen eigenen Wohnraum leisten kann, despektierlich als ‚Nesthocker‘ bezeichnet, die Frau wird bemitleidet, soll ihr Sohn doch endlich mal selbstständig werden“*.

### **Die jungen Alten pflegen die alten Alten**

Eng verknüpft mit dem Thema neue Lebens- und Wohnformen ist auch die Frage nach der Pflege alter Menschen. *„Noch immer wird die mobile Pflege gegenüber der stationären Pflege forciert, möglicherweise zu Unrecht. Vielmehr müsste die Frage gestellt werden, wie die verschiedenen Generationen auch in Zukunft zusammen leben können. Wohnangebote, die im Bedarfsfall auch die Möglichkeit einer Pflege oder auch nur Haushaltsunterstützung anbieten, werden viel zu wenig in den Diskurs einbezogen oder in der Praxis probiert. Wahrscheinlich wird jede/r von uns irgendwann mit dem Thema Pflege älterer Familienmitglieder konfrontiert werden. Das jetzige System wird kritisiert, aber neue Wege fehlen und werden viel zu wenig besprochen. Es müssen Wege gefunden werden, die Ältere nicht ‚auslagern‘ und ‚unsichtbar‘ machen, in denen nicht der Eindruck entsteht, sie ‚abzuschieben‘, bringt es ein Beitrag auf den Punkt. Ob Langzeitpflege künftig noch finanziert werden kann und ob diese ausschließlich die Aufgabe der öffentlichen Hand sein muss, haben mehrere Teilnehmerinnen und Teilnehmer thematisiert. „Kann vermehrtes gesellschaftliches Engagement eingefordert werden, um Kosten zu sparen*

*(generationsübergreifende Nachbarschaftshilfe, Modelle ‚Senioren für Senioren‘, Zeitgutschein-Modelle, ...)?“ Vorstellbar ist auch, „dass junge Alte die alten Alten pflegen, als 65-Jährigen die 85-Jährigen, meint eine Teilnehmerin. Die Generation, die derzeit älter wird, wird auf das Nachlassen der eigenen Kräfte vermutlich rebellischer reagieren, das heißt, „in Zukunft wird Pflege individualisierter werden müssen. Derzeit herrscht im Gesundheitssystem bereits eine große Altersdiskriminierung. Gleichzeitig ist dies die erste Generation, die nicht mehr weiß, ob sich die Finanzierung der Pflege für sie ausgeben wird und die in dem Bewusstsein lebt, wenn sie mich lange pflegen müssen, werde ich einmal nichts mehr vererben können“. Besonders kritisch wurde in einem Beitrag der sich abzeichnende Trend, alte Menschen im Ausland betreuen und pflegen zu lassen, gesehen, besonders die Langzeitpflege von Menschen mit Demenz: „Selbst wenn die Demenz schon sehr weit fortgeschritten scheint, wissen wir bei diesem Krankheitsbild nicht, wie viel die betroffene Person vielleicht doch noch bewusst wahrnehmen kann. Sie in einem Zustand der Verwirrung in ein neues Umfeld, mit ganz anderen kulturellen und klimatischen Verhältnissen, neuen Speisen, neuen Pflegepersonen zu senden, empfinde ich ethisch als zweifelhaft. Salopp gesagt: Nicht in jeder Lebenssituation freut man sich über Palmen.“*

Darüber, dass viele Gesundheitslasten auf die nächste Generation abgewälzt werden, waren sich viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer einig. Die Kosten für langfristige, gesundheitliche Versorgung und Betreuung der älteren Generationen werden steigen. Auch die ethische Debatte darüber, „ob es wirklich Therapie bis zum Anschlag geben soll“, wird sich nach dem Dafürhalten eines Experten dadurch verstärken. „Bei gleichzeitig notwendigen Einsparungen, kann es zu massiven gesellschaftlichen Spannungen zwischen den Generationen kommen. Politische Entscheidungsträger sollten jetzt an Szenarien und Lösungsmöglichkeiten arbeiten, bevor das Thema im öffentlichen Diskurs eskaliert.“

Die Diskussion um Sterbehilfe wurde ebenfalls in zwei Beiträgen angesprochen und als aufkommendes Thema genannt. „Die Politik sollte sich jetzt Gedanken machen, wie sie damit umgeht, anstatt darauf zu warten bis Gerichte mit ihrer Judikatur neue Realitäten schaffen. Auf jeden Fall ist die medizinisch mögliche Verlängerung des Lebens unter allen Umständen nicht für jeden Menschen attraktiv. Da der Tabubruch in manchen Ländern schon stattgefunden hat, wird das Thema auch Österreich in den kommenden Jahren vermehrt beschäftigen.“ Dass sich die Politik „noch stärker und entmündigender in unser Sterben einzumischen versucht“, befürchtet ein anderer Teilnehmer. Zu hoffen sei, dass „die Autonomie der Betroffenen gestärkt und erweitert wird, so dass sie selber im Rahmen des Möglichen möglichst selbstbestimmt über ihr Sterben entscheiden können“.



### Die digitale Generationen-Kluft

Ältere Menschen werden in der digitalisierten Welt immer mehr Unterstützung brauchen, um ihren Alltag bewältigen zu können und werden darin abhängig von der Unterstützung durch die Jungen. *„Menschen, die heute 70 sind und sich nie mit dem Computer oder dem Internet auseinandergesetzt haben und dies auch nicht mehr erlernen wollen, werden in zehn Jahren viel schwerer ihren Alltag bewältigen können als heute“*, lautete eine Einschätzung. *„Kann man dann überhaupt noch eine Reise im Reisebüro buchen oder direkt am Bahnhof ein Ticket kaufen? Wird man fernsehen können, ohne dass man seine Kinder anruft, wie das Smart-TV bedient wird? Bekommt man staatliche Leistungen auch dann noch ausbezahlt, wenn man sich nicht mit einer online-Signatur registriert hat?“*

Doch auch die intergenerationelle Kommunikation wird durch diesen digital divide erschwert. Während die Fotos vom Kindergeburtstag und vom Urlaub im selben Augenblick über die Sozialen Medien oder auch schlicht über E-Mail mit den Freunden und online-affinen Familienmitgliedern geteilt werden, muss die Oma warten, bis der Sohn oder die Tochter das nächste Mal vorbei kommt und die Fotos auf dem Tablet herzeigt. Und während die Eltern mit der Tochter, die als Au Pair in den USA ist, via Skype spricht, kriegt er Großvater die Enkelin erst wieder nach deren Rückkehr zu Gesicht. Die 24/7-Verfügbarkeit, an die die Älteren nicht gewöhnt sind, könne *„zu Missverständnissen und Verärgerungen führen, besonders auf Seiten der jüngeren Generation, die es schlicht gewohnt ist, auf alle Nachrichten eine schnelle Antwort zu bekommen. Passiert dies nicht, wird oft mit Unverständnis reagiert, da das ständige Bei-sich-tragen des Telefons und ein schnelles Antworten bei den Jungen ein Zeichen des gegenseitigen Respekts ist und als Selbstverständlichkeit wahrgenommen wird.“* Dass könne möglicherweise wiederum zu einem Unverständnis zwischen den Generationen und zu typischen Ablehnungsmustern führen. *„Einerseits können die Benefits der neuen Entwicklungen wie Smart Home nicht ausgeschöpft werden, andererseits fallen ältere Menschen aus vielfältigen Kommunikationskanälen und sind quasi unterversorgt hinsichtlich entscheidungsrelevanter Informationen aber auch Angeboten.“*

Dennoch scheint *„das archetypische Verlangen nach den alten Weisen“* ungebrochen, wie ein teilnehmender Experte festhält. *„Warum war ein Projekt wie das Mehrgenerationen-Café ‚Vollpension‘ so erfolgreich, warum zielt Sepp Forcher plötzlich die Titelseite des ‚Falters‘, wie kann es sein, dass Helmut Schmidt, Stéphane Hessel und andere dieser Generation solche Wirkung entfalten?“*

## 9. Hoffen auf Migranten

---

Der Umgang mit Migration ist neben den Staatsschulden das größte ungelöste Problem, das wir den nächsten Generationen hinterlassen. Zu diesem harten Urteil kommen die Expertinnen und Experten der Arena Analyse aus drei Gründen: Erstens gehen sie davon aus, dass weltweit die Migration zunehmen wird, wobei die Hauptrichtung von Süden nach Norden sein wird, also in Richtung Europa und Nordamerika (Australien muss der Vollständigkeit halber ebenfalls mitgezählt werden). Zweitens treffen diese Einwanderungswellen schon jetzt auf heftigen Widerstand unter der einheimischen Bevölkerung – nichts deutet darauf hin, dass sich dieses Klima ändern könnte. Die Zuwanderung wird die europäischen Staaten also in Schwierigkeiten bringen, wobei die Schwierigkeiten allerdings noch größer wären, wenn die Migranten ausbleiben, denn diese sind – und das ist Punkt drei – für die Stabilität der Wirtschaft und der Sozialsysteme in Europa unverzichtbar.

Die Zunahme der Migration ergibt sich zum einen aus der Tatsache, dass Kriege, Krisen und ökologische Katastrophen zunehmen – die Menschen ziehen aus Regionen weg, in denen ein friedliches Leben nicht möglich ist oder keine Aussicht auf Wohlstand besteht. *„Die allgemeine Destabilisierung der Welt hat nicht nur die psychologische Situation der jüngeren Generation in Europa völlig verändert. Sie führt auch zu riesigen, weltweiten Migrationsströmen. Es gibt kein halbwegs wirtschaftlich entwickeltes Land, das nicht unter massiven Migrationsproblemen zu leiden hätte – Migranten aus Mexiko und Mittelamerika bedrohen den Süden der USA, Einwanderer aus Osteuropa werden in Großbritannien zum (politischen) Problem, Italien wird von nordafrikanischen Flüchtlingen überrannt.“*

Während die Gründe zum Auswandern mehr werden, nehmen gleichzeitig auch die Möglichkeiten zu. In Zeiten der Globalisierung ist es deutlich leichter, in einen anderen Erdteil zu reisen, als das vor 100 Jahren der Fall war, wo es große Auswanderungswellen aus Europa in die Neue Welt gab. Auch psychologisch sind ferne Länder durch Medien und Internet heute nicht mehr so fern wie früher, es gibt ein höheres Maß an Wissen und mehr Möglichkeiten, schon vor der Ankunft Kontakte zu Menschen oder Organisationen im Zielland aufzubauen.

Bis hierher wurde bewusst auf die Unterscheidung zwischen „Flüchtlingen“ und „Migranten“ verzichtet. Der Unterscheidung liegt eine juristische – um nicht zu sagen: bürokratische – Fiktion zugrunde, an die sich die Realität der menschlichen Wanderungen nur selten hält. In der Theorie sollte es zwei Kategorien von Einwanderungswilligen geben: Die einen verlassen ihr Heimatland unfreiwillig, weil sie sonst Opfer von politischer Verfolgung oder von Kriegshandlungen würden. Sie kommen in Massen, müssen aufgrund von völkerrechtlichen Verpflichtungen (UN-

Konvention) im ersten Ankunftsland aufgenommen werden, kehren aber zurück, sobald der Krieg vorbei ist oder das unmenschliche Regime gestürzt wurde – so die immer noch kultivierte Vorstellung. Demgegenüber planen Migranten ihre Übersiedlung ins Zielland lange voraus, weshalb sie auch Zeit und Gelegenheit haben, sich schon daheim um Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen und andere Papiere zu kümmern. Sie kommen erst, wenn sie hier Job und Wohnung haben und sind aktiv an einer baldigen Integration interessiert.

Im realen Leben passen die meisten Auswanderer weder in die eine noch in die andere Beschreibung. Tatsächlich sind die Schicksale der Zuwandernden unübersehbar vielfältig, es gibt wesentlich mehr Umstände, die den Anstoß zur Auswanderung geben, als sich selbst die komplizierteste rechtliche Regelung ausmalen kann – weshalb denn auch in der Praxis lange, für Österreich kostspielige und für die Betroffenen belastende Verfahren nötig sind, um nachzuweisen, in welche Kategorie fremde Staatsangehörige einzuordnen wären.

Da der Wunsch hunderttausender Menschen, in die reichen Länder zu gelangen, weitaus größer ist als die Bereitschaft der Einwanderungsländer, diese aufzunehmen, hat sich ein Schwarzmarkt entwickelt, dessen Ausmaße und dessen Brutalität immer wieder sämtliche Phantasien übertreffen. Allein im Mittelmeer gibt es nahezu wöchentlich Aufgriffe von Booten, auf denen Flüchtlinge versuchen, Italien oder Griechenland zu erreichen – Menschen, die hohe Summen an verbrecherische Vermittler bezahlt haben und von diesen nicht selten in den sicheren Tod auf hoher See geschickt werden. *„Das Organisieren von illegaler Migration ist längst einer der wichtigsten Erwerbszweige der organisierten Kriminalität geworden, gleichauf mit Waffenschmuggel und Drogenhandel – und in seinen Auswirkungen noch weit schmutziger und desaströser als diese.“*

Die Zuwanderung – genauer: die Zuwanderung aus wirtschaftlich benachteiligten Ländern – wird in praktisch allen europäischen Ländern von großen Teilen der Bevölkerung abgelehnt. Dieser stark emotional unterlegte Widerstand führt zur politischen Destabilisierung. Bei der EU-Wahl 2014 wurde erstmals in größerem Maßstab sichtbar, was bei nationalen Wahlen schon länger als beunruhigendes Phänomen wahrnehmbar ist: *„Die rechtspopulistischen Parteien, die in den letzten Jahren erfolgreich waren – gleich ob bei EU-Wahlen oder in nationalen Parlamenten – verdanken ihren Erfolg durchwegs dem Migrationsthema. Kampf gegen Zuwanderung, gegen Ausländer, gegen ‚Sozialschmarotzer‘, gegen den Islam – die Basis ist immer die gleiche, nämlich die diffuse Angst der Menschen vor den ethnischen, sozialen und wirtschaftlichen Umbrüchen, die eine starke Migration nach sich ziehen könnte.“*

Tatsächlich gibt es kaum ein europäisches Land, in dem nicht eine – meist rechtspopulistische – Partei mit dem Ruf nach Zuwanderung Wahlerfolge feiert: Die Schwedendemokraten wuchsen innerhalb weniger

Jahre von 1,4 Prozent auf 12,9 Prozent der Wählerstimmen. Die Ukip in England macht Labour und Konservativen gleichermaßen zu schaffen und könnte die erste erfolgreiche dritte Kraft in der traditionell bipolaren britischen Politik sein. Der Front National in Frankreich punktet ebenso bei den Wählern wie die dänische Anti-Ausländerpartei Dansk Folkeparti (die bei der EU-Wahl sogar stärkste Kraft wurde). In Belgien kämpft der Vlaams Belang ebenso gegen Zuwanderer wie Geert Wilders PVV in Holland, es gibt die „Wahren Finnen“, die Lega Nord in Italien, natürlich die FPÖ in Österreich, in Ungarn stellt Fidesz sogar die Regierung. Auch die Pegida in Deutschland muss hier genannt werden – keine Partei, aber eine Bewegung, deren sonst unerklärlicher Zustrom ausschließlich daher rührt, dass sie gegen (in diesem Fall muslimische) Zuwanderer protestiert.

Falls es nicht gelingt, in den nächsten Jahren, das politische Klima zu ändern, das hinter all diesen Bewegungen steht, droht daraus ein nachhaltiger Schaden für die kommenden Generationen, denn Zuwanderung ist in Österreich (wie auch im Rest der EU) unverzichtbar, wenn das Land seinen Wohlstand und vor allem sein Sozialsystem erhalten will. Im Jahr 2013, dem jüngsten vollständig ausgewerteten Jahr, wanderten 150.000 Menschen in Österreich ein und 95.000 aus, was eine Nettozuwanderung von 55.000 ergibt. Falls diese Rate gehalten werden kann, würde Österreich 2060 rund 9,7 Millionen Einwohner haben. Ohne jede Zuwanderung sinkt die Bevölkerung dagegen um sage und schreibe 15 Prozent auf 7,17 Millionen, von denen 37 Prozent älter als 65 wären.

Eine gleichmäßig hohe Zuwanderung wird auch in allen Prognosen über die Zukunft des österreichischen Pensionssystems als Voraussetzung für dessen Weiterbestehen genannt. Wohlgemerkt: Hier geht es nicht um die düsteren Szenarien, wie sie in diesem Bericht im Kapitel 5 gezeichnet wurden. Dort war davon die Rede, dass viele Expertinnen und Experten erwarten, dass die Generation der Jungen irgendwann nicht mehr bereit sein wird, die Last der Versorgung der Alten zu tragen. Hier handelt es sich jedoch um die offiziellen Berechnungen der Pensionssicherungskommission, die den Nachweis erbringen sollen, dass das Pensionssystem sehr gut langfristig bestehen kann – vorausgesetzt, die Rate an Zuwanderern bleibt zumindest so hoch wie heute. Umgelegt auf die Bevölkerungsstruktur könnte man also sagen: Wenn die Angehörigen des Jahrgangs 1995 im Jahr 2060 in Pension gehen wollen, dann ist dafür eine Zuwanderung nötig, die bewirkt, dass bis dahin 2,52 Millionen Österreicherinnen und Österreicher hier leben und arbeiten, die nicht im Inland geboren sind.

Derzeit sieht es aber so aus, als würden dieselben Menschen, die auf eine solche Zuwanderung angewiesen sein werden, diese heftig bekämpfen. *„Es ist paradox: Europa überaltert, will nur wenige Kinder, braucht Einwanderung, will aber auch die Einwanderung nicht so wirklich. Das mag zugespitzt formuliert sein, aber im Kern beschreibt es das Problem.“*

*Ein schönes Wort sagt, Europas Grundfesten seien römisches Recht, griechische Philosophie und christlicher Glaube. Das klingt überzeugend. Wenn Europa auf diesen Grundfesten wirklich aufbauen kann, dann ist das Positivszenario erstens, dass Europas Gesellschaften endlich kinderfreundlich werden; und zweitens, dass Europa einen menschengerechten, konstruktiven, nachhaltig geplanten Umgang mit den Wanderungsbewegungen besonders jüngerer Menschen aus vielen anderen Teilen der Welt nach Europa findet und umsetzt, dass Europa die oben beschriebenen Integrationsleistungen also schafft. Wenn hingegen die Einwanderer von weiten Teilen der Bevölkerung nicht als Chance begriffen werden, [...]wenn die Einwanderer als Bedrohung gesehen werden, dann reüssieren extremistische Parteien aller Art, und das verstärkt dann die Schwächen der Politik und verschlimmert die Probleme“.*

In Österreich hat aber nicht einmal die Angst um die Pensionen zu einer stärker zuwanderungsfreundlichen Politik geführt. *„Die Prognose der von der Regierung selbst eingerichteten Pensionssicherungskommission steht massiv im Widerspruch zur politischen Praxis“,* heißt es in einem Beitrag, *„die nötige Zuwanderung wird im politischen Alltagsstreit behindert statt gefördert. Von Seiten der Politik gibt es keinerlei Pläne oder Konzepte, wie eine Zuwanderung im erforderlichen Ausmaß organisiert, gesteuert und bewältigt werden könnte.“*

Wenn die Integration gelingt, dann wirkt sie auch abgesehen von den Pensionskassen positiv. Zuwanderer gleichen nicht nur den Bevölkerungsschwund durch sinkende Geburtenraten aus, sie sorgen auch für eine Verjüngung, senken das Durchschnittsalter, fachen das Wirtschaftswachstum an und bringen kulturelle Impulse. Gelungene Integration verlangt aber mehr als nur guten Willen und ein Heraustreten aus der politischen Anti-Ausländer-Hysterie: Sie erfordert Investitionen, geistige Anstrengung und laufende Anpassung an sich verändernde Anforderungen.

*„Die Herausforderungen im Bereich der Integration sind viel größer, als in Kreisen von Menschen mit höherer Bildung oft angenommen wird. Ein Beispiel: Zwischen Islam und Islamismus wird von breiten Kreisen viel weniger differenziert als im Feuilleton selbstverständlich vorausgesetzt wird. Unter den Ursachen für die weltweiten Wanderungsbewegungen ist die ‚Lust auf Europa‘ wohl geringer ausgeprägt als das Gefühl, dass ein glückliches Leben in jener Gesellschaft, in die man hineingeboren wurde, nicht möglich sei; oder eben echte Verfolgung. Besonders junge Menschen, derer es in anderen Teilen der Welt viel mehr gibt als in Europa, warten nicht lange zu, weil sie fast nichts hält und sie sich stark genug fühlen für eine Auswanderung. Die Politik in Europa oder zumindest in Österreich scheint auf diese gravierenden Veränderungen überhaupt nicht vorbereitet zu sein, nicht einmal mental.*

Investitionen werden vor allem im Bereich der Bildung nötig sein. *„Besonders die Situation migrantischer Kinder und Jugendlicher an unseren*

## 9. Hoffen auf Migranten

*Schulen sollte in den Fokus des politischen Interesses rücken. Schließlich haben allein in Wiener Volksschulen mehr als die Hälfte (56%) aller Kinder eine andere Erstsprache als Deutsch.“ Wenn jedoch solche Anstrengungen unterbleiben, handelt sich Österreich die Nachteile der Zuwanderung ein, nämlich soziale Probleme und Spannungen zwischen den Bevölkerungsgruppen, ohne dass die Vorteile wirksam werden. „Wenn wir weiterhin unsere ZuwandererInnen als ‚Fremde‘ behandeln, werden daraus noch mehr Konfliktpotentiale entstehen, als wir jetzt in diesem Zusammenhang bereits haben. Man denke vor allem an männliche, schlecht ausgebildete Jugendliche aus muslimischen, bildungsfernen, ökonomisch schwachen Familien. Die Folge kann eine zunehmende Radikalisierung mancher Gruppen von Jugendlichen und steigende Jugendarbeitslosigkeit sein.“*

## **10. So what? Schlussfolgerungen und Empfehlungen**

---

Wie jedes Jahr enthalten auch diesmal die Beiträge der Expertinnen und Experten eine Fülle von mehr oder weniger konkreten Forderungen und Vorschlägen. Sie richten sich meist an die Politik, aber zeigen auch Konsequenzen für Unternehmen auf – ganz abgesehen von der Tatsache, dass die Lösung einiger der besonders hartnäckigen Probleme konzertierte gemeinsame Anstrengungen von Politik und Wirtschaft erfordern werden, so zum Beispiel bei der Neugestaltung der Arbeitswelt, bei der Neuverteilung der Lebenseinkommen oder beim Ermöglichen von Berufstätigkeit bis ins hohe Alter.

Im Folgenden werden vier zentrale Empfehlungen näher ausgeführt, die sich aus den Beiträgen zur Arena Analyse herausdestillieren lassen und die darauf aufbauen.

(1) Generationen-Fairness ist ein Issue von zunehmender Relevanz: Generationenfragen und generationenübergreifende Verantwortung werden an Bedeutung gewinnen. Es lohnt sich für Unternehmen und Organisationen, sich damit näher auseinanderzusetzen, also das Issue in seinen Facetten zu beobachten und auf Chancen und Risiken für das eigene Unternehmen zu durchleuchten.

Nachhaltigkeit und soziale Verantwortung wurden in den vergangenen Jahren zu wichtigen Grundsätzen jeder weitblickenden Unternehmensführung. Zwar ist der CSR-Gedanke zwischenzeitlich etwas in Verruf geraten, weil er allzu oft für oberflächliches Marketing missbraucht wurde (wenn tatsächlich alle Produkte „nachhaltig“, „bio“ und „Fair Trade“ wären, die solcherart im Handel angepriesen werden, dann dürfte es weltweit keine Zwangsarbeit, keine Korruption, kein Artensterben und keine Pestizidrückstände mehr geben...). Doch sind solche Rückschläge anscheinend unausweichliche Begleiterscheinungen überschießender Hypes, ändern aber nichts am langfristigen Trend, der unverändert in Richtung Nachhaltigkeit weist.

Allerdings wird das Thema bisher überwiegend ökologisch und betriebswirtschaftlich verstanden. Eine Empfehlung, die sich aus der Arena Analyse ableiten lässt, lautet daher, das Prinzip der Nachhaltigkeit viel umfassender anzuwenden und zu überprüfen, ob ganze Systeme, Politiken und Regelungen dem Gebot der Generationen-Fairness genügen. Der Begriff verpflichtet Unternehmen, Organisationen, Kommunen und schließlich die Politik auf allen Ebenen in zwei Richtungen:

Zum einen muss sichergestellt sein, dass durch Handlungen und Entscheidungen keine ungebührlichen Belastungen entstehen – da sind nachhaltige Produkte ebenso gefragt wie öffentliche Infrastrukturen. Zum Beispiel sind Gebäude, die in der Errichtung mehr kosten, dafür aber geringere Erhaltungs- und Entsorgungskosten verursachen und einen

## 10. So what? Schlussfolgerungen und Empfehlungen

geringeren ökologischen und sozialen Fußabdruck hinterlassen, fairer gegenüber der nächsten Generation. Auch die Gestaltung des Steuersystems, die Produktionsweise eines Unternehmens oder natürlich die öffentliche Verschuldung können nach diesem Muster beurteilt werden.

Zum anderen erfordert Generationen-Fairness die Gestaltung einer Umwelt, die stärker auf die Bedürfnisse Heranwachsender Rücksicht nimmt und auch für ältere Menschen lebenswert und benutzerfreundlich bleibt. Auch hier reicht das Spektrum von der Gestaltung sozialer Einrichtungen über das Angebot an medialer Information bis zur Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt.

Den Organisationen, denen es gelingt, diese Karriere des Themas Generationen-Fairness bereits jetzt zu antizipieren, winkt ein handfester Wettbewerbsvorteil. Durch das Erkennen und Nutzen von drohenden Gefahren und kommenden Vorteilen kann ein Unternehmen innerhalb eines Planungshorizonts von wenigen Jahren Gewinne ziehen und Schaden gering halten. Die Erfahrung der strategischen Früherkennung politischer Themen zeigt, dass die dazu erforderlichen Informationen in den Unternehmen und Branchen verfügbar sind und „nur“ aggregiert und genutzt werden müssen. Methodisch ist so eine Risiko- und Chancen-Beurteilung die Fortsetzung der vorliegenden Analyse auf betrieblicher Ebene.

(2) Demokratiepolitische Herausforderung: Für die Lösung der Konflikte, die zwischen den Generationen entstehen werden, sind neue Formen der demokratischen Willensbildung erforderlich.

Fast alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Arena Analyse zeigen sich besorgt angesichts der Tatsache, dass die ältere Generation stets die Jüngeren auf ganz sauber demokratischem Weg überstimmen kann. Diese Tatsache ist zumindest indirekt ein wichtiger Grund dafür, dass die Sanierung des Pensionssystems immer wieder aufgeschoben oder nur halbherzig in Angriff genommen wird. Tatsächlich gibt es in der jüngeren Vergangenheit einen konkreten Fall, wo eine Partei die Nationalratswahlen deshalb verloren hat, weil sie versprach, eine von Experten empfohlene Pensionsreform umzusetzen – nämlich die ÖVP im Jahr 1995.

Gleichzeitig geht aus vielen Beiträgen der Arena Analyse hervor, dass die Frontstellung zwischen Alt und Jung – in diesem Fall: Zwischen Pensionsbezieherinnen und künftigen Erwerbstätigen – keine starre ist, sondern sehr wohl Verständnis auf beiden Seiten für die Interessen der jeweils anderen besteht. Es liegt somit auf der Hand, den Konflikt nicht machttechnisch zu lösen („Wer hat welche Mehrheit?“), sondern durch Deliberation. Der vermutlich einzige zielführende Weg zu einem neuen, fairen und finanziell nachhaltigen Pensionssystem ist ein Prozess mit offenem Ausgang, bei dem Lösungen für die Gestaltung eines Pensionssystems der Zukunft gesammelt, diskutiert und bewertet werden. Ein wichtiger Teil dieses Reformdialogs



muss auch der Frage gewidmet werden, wie die Widerstände der bestehenden Sozialbürokratie gegen Veränderungen gemanagt werden können. Diese Interessen, die sich auf den Erhalt des eigenen Systems und der Bedeutung der Entscheidungsträger in diesem System richten, sind sachfremd und werden daher in einem normalen Diskussionsprozess nie offen ausgesprochen. Sie stellen aber wesentliche Einflussgrößen dar und müssen auf jeden Fall behandelt werden.

Ein ähnlicher Prozess ist auch für andere Konfliktfelder zu empfehlen – die Pensionen stellen lediglich das dringlichste und am stärksten vorbelastete Problem dar. Aber es leuchtet ein, dass etwa auch die Neuverteilung des Lebenseinkommens eine Deliberation erfordert: Experten schlagen vor, dass die Einkommen junger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer höher und die der Älteren niedriger sein sollten als heute, wobei die Einzelnen netto keinen Nachteil haben sollen, weil das Lebenseinkommen insgesamt gleich bleiben soll. Wie das praktisch umzusetzen wäre, ohne dass es Gruppen von systematischen Verlierern gibt, erfordert viel Detailarbeit und vor allem Akzeptanz von Seiten der Betroffenen, weshalb möglichst alle einbezogen werden müssen.

Vor allem aber wäre die Frage nach den demokratischen Mechanismen selbst ein mögliches Thema für ein breites Konsultationsverfahren, das mit der Sammlung von Ideen beginnt und in konkreten Beschlüssen endet. Welche Reformen beim Wahlrecht sind nötig, welche neuen Gremien, welche institutionalisierten Interessenvertretungen, welche parlamentarischen Möglichkeiten müssen geschaffen werden, um die Generationen-Fairness in der österreichischen Politik sicherzustellen?

Deliberationsprozesse dieser Reichweite lassen sich mit den Möglichkeiten des Internets technisch relativ leicht organisieren. Sie können beispielsweise nach dem Muster der Grün- und Weißbücher der EU ablaufen, also über einen längeren Zeitraum eine sehr breite Zahl von Interessierten einbeziehen. Möglich ist aber natürlich auch, bestehende Vorschläge von Expertinnen und Experten in offenen Arbeitsgruppen zu diskutieren, oder auf dem Weg von Veranstaltungen wie parlamentarischen Enqueten, Themenkongressen, etc. zu Lösungen zu kommen.

Zweckmäßig ist sicher die Weiterentwicklung bestehender Institutionen. Bereits vorhandene Strukturen und Ressourcen können dabei angepasst und genutzt werden. In vielen Fällen sind nicht einmal schwierige formale Änderungen erforderlich. Adaptierte Arbeitsweisen und Verhaltensänderungen, im Rahmen bestehender Gesetze und Geschäftsordnungen, würden tatsächlich vielfach ausreichen. Die Bandbreite dieser Reformen bei der „Software“ der Politik reichen von einer Neudefinition der Aufgabengebiete der Jugendsprecher und ihrer „Beförderung“ zu politischen Sprechern der nächsten und kommender Generationen über die Erstellung von Generationen-Bilanzen bis zur Schaffung eines parlamentarischen Generationen-Hauptausschusses oder eines Zukunftsausschusses oder der

## 10. So what? Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Weiterentwicklung des Bundesrates zu einem Senat, der kompetenz-, ressort- und v.a. generationenübergreifend den politischen Diskurs zu strategischen politischen Fragenstellungen führt. Denkbar wäre, diesen Gremien politische Fragen vorzulegen, noch bevor die Bundesregierung oder das Parlament mit der Formulierung konkreter Regelungen loslegt, deren Wirkungen weit in die Zukunft reichen aber bis dato nicht unter diesem Gesichtspunkt diskutiert worden sind.

(3) Jobs für die Alten werden zum Wettbewerbsvorteil der Zukunft.

Unabhängig von der Gestaltung des künftigen Pensionssystems wird das Alter, in dem künftige Generationen aus dem Berufsleben ausscheiden, immer höher werden. Die jungen Alten bleiben nicht nur aus finanzieller Notwendigkeit länger erwerbstätig, sondern auch, weil sie mit 65 oder 70 noch nicht zum alten Eisen zählen wollen. Dieser Befund gilt aber bei weitem nicht für alle Berufe. Es gibt sehr viele Tätigkeiten, die von den Betroffenen mit Freuden aufgegeben werden, und natürlich auch weiterhin viele Jobs, wo die körperliche Leistungsfähigkeit ab einem bestimmten Alter nicht mehr ausreicht. Drittens gibt es viele Unternehmen, in denen Menschen schon ab Mitte 50 mehr oder weniger sanft hinausgedrängt werden – und so gut wie keine, die gezielt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über 60 suchen.

Hier tut sich also eine Lücke auf, über die sich auf Seiten der Unternehmen das Nachdenken lohnt. Gesucht werden Tätigkeiten, in denen die typische verminderte Leistungsfähigkeit älterer Menschen (üblicherweise lassen ohnehin nur Seh- und Hörschärfe sowie das Reaktionsvermögen nach, darüber hinaus sind geringfügige Langzeitschäden am Bewegungsapparat sehr verbreitet) keinen Nachteil darstellt, wo sie hingegen ihre Vorzüge ausspielen können: Erfahrung, die daraus resultierende höhere psychische Belastbarkeit (sprich: mehr Gelassenheit, wenn es brenzlich wird), natürliche Autorität im Auftreten gegenüber Kunden.

Wer seine Produktions- und Verwaltungsprozesse so organisieren kann, dass sich dort Jobs mit diesen Charakteristika auf tun, wird in Zukunft einen Wettbewerbsvorteil lukrieren können. Denn zum einen bringt die Demografie mit sich, dass junge (und zugleich gut ausgebildete) Arbeitskräfte immer rarer werden. Zum anderen werden solche Unternehmen Wissen und Erfahrung für sich nutzen können, die von einer ganzen Generation im Laufe eines Lebens angesammelt wurden, aber verloren gehen, wenn die Alten einfach in den Ruhestand verschoben werden.

(4) Allianz der Willigen: Komplexe Probleme erfordern vernetzte Lösungen.

Viele der in diesem Bericht aufgezeigten Probleme sperren sich gegen eine einfache Behandlung im Rahmen der herkömmlichen Institutionen. Das oben erwähnte Beispiel „Schaffen einer Arbeitswelt, in der alte

Menschen berufstätig sein können“ illustriert das sehr gut: Nötig dafür wäre eine Änderung in der Logik der Kollektivverträge, die den Kostennachteil älterer Arbeitnehmer mildert. Nötig wären tiefgreifende Änderungen in der Unternehmenskultur und in der Arbeitsorganisation der Unternehmen. Die Regeln und die Praxis der Sozialversicherungen müssten geändert werden – derzeit wird die Berufstätigkeit älterer Menschen abgabentechnisch systematisch bestraft. Die Frage ist: Wie können derart weit gespannte Anforderungen je unter einen Hut gebracht werden? Wie können die Verantwortlichen der unterschiedlichen Bereiche so an einem Tisch versammelt werden, dass nicht länger der Reformwille jeder dieser Gruppen sofort wieder erlischt, weil sie feststellen, dass die Ideen in ihrem Bereich erst noch Veränderungen in anderen Bereichen erfordern würden?

Die Empfehlung lautet, ein informelles Netzwerk zu installieren, dessen Mitglieder lediglich eine Gemeinsamkeit aufweisen müssen: den Willen, in ihrem eigenen Bereich Veränderungen zu mehr Generationen-Fairness anzustoßen. Dieses Netzwerk könnte dann auf dem Weg des direkten Austausches damit beginnen, Reformen im Kleinen in die Wege zu leiten und damit das Feld für die großen, aus heutiger Sicht unbewältigbar wirkenden Umwälzungen zu ebnet. Nötig für dieses Netzwerk wären in jedem Fall Vertreter von Unternehmen (Industriebetriebe, Banken, Handel, KMUs), von Krankenkassen und Pensionsversicherungsanstalten, von Gewerkschaft und Arbeiterkammer, von Jugendverbänden, von Seniorenverbänden – gewissermaßen eine „Sozialpartnerschaft der Generationen“.

Unklar ist allerdings die Frage, an wen sich diese Empfehlung richtet. Wer übernimmt die Initiative zur Gründung eines „Netzwerks Generationen-Fairness“? Auf diese Frage gibt die Arena Analyse keine Antwort, bezeichnenderweise existieren zwar politisch einflussreiche Verbände für die Interessen der Alten, nicht aber für die der nächsten Generation. Auch die NGO „2060“ muss erst noch gegründet werden. Bis auf weiteres trägt dieser Vorschlag also den Adressvermerk „To whom it may concern“, versehen mit der Hoffnung, dass ernsthafte Bemühungen zu einer stärker generationengerechten Politik in Österreich zunehmen werden – jenes Szenario, in dem ein Experte „*Straßenschlachten zwischen Jung und Alt*“ sowie „*Wegsperrten der Alten in Lagern*“ an die Wand malt, möge tunlichst den Horror-Movies vorbehalten bleiben.

## **Teilnehmer und Danksagung**

---

Wir danken den Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft, Justiz, Wirtschaft, dem Gesundheitsbereich und ganz allgemein der Zivilgesellschaft für ihre Teilnahme und die hohe Qualität der zum Teil sehr umfangreichen Beiträge.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in alphabetischer Reihenfolge:

**MMag. Dr. Helwig Aubauer**, Bereichsleiter Arbeit & Soziales, Industriellenvereinigung

**Mag. Martin Brandstötter**, Geschäftsführer Zielwerk

**Dr. Erhard Busek**, Vorsitzender des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa, ehem. österreichischer Vizekanzler

**Dr. Katharina Dankl**, Geschäftsführerin Studio Dankl

**Dipl.-Ing. Franz Dinhobl**, Geschäftsführer EVN Wasser Gesellschaft m. b. H.

**Dipl.-Ing. Wolfgang Dopf**, Vorstandsdirektor Linz AG

**Dr. Bernhard Drumel**, Geschäftsführer supportingchange.org

**Mag. Alexander Egit**, Geschäftsführer Greenpeace Zentral- und Osteuropa

**Dr. Tamara Ehs**, Lehrbeauftragte am Institut für Politikwissenschaft, Universität Salzburg

**Univ.-Prof. Dr. Heinz Fassmann**, Vizerektor der Universität Wien

**Dr. Franz Fischler**, Präsident des Europäischen Forums Alpbach

**Univ.-Prof. Dr. Martin Gerzabek**, Rektor der Universität für Bodenkultur

**Dr. Christine Gerserick**, Österreichisches Institut für Familienforschung

**Mag. Harald Greger**, Geschäftsführer AFI Aluminium-Fenster-Institut

**Wolfgang Gründinger, MA**, Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

**Mag. Georg Günsberg**, Georg Günsberg Politik- und Strategieberatung

**Univ. Prof. MMag. Dr. Gottfried Haber**, Vizedekan der Fakultät für  
Gesundheit und Medizin, Donau-Universität Krems

**Dr. Martin Hagenlocher**, Geschäftsführer Bayer Austria Gesellschaft m.b.H.

**MMag.<sup>a</sup> Barbara Hauenschild**, Österreichische Gesellschaft für  
Politikberatung und Politikentwicklung

**Mag. Bernhard Heinzlmaier**, Vorsitzender des Instituts für  
Jugendkulturforschung

**Dipl.-Ing. Ingmar Höbarth**, Geschäftsführer Klima- und Energiefonds  
Österreich

**Dr. Peter Huemer**, Publizist

**Mag. Thomas Huemer**, Pressesprecher Meinl Bank

**Andreas Hugi**, Geschäftsführer Furrer, Hugi & Partner AG

**Mag. Philipp Ikrath**, Institut für Jugendkulturforschung

**Dipl.-Ing. Petra Jens**, Mobilitätsagentur der Stadt Wien

**Professor Dr. Karl Jurka**, Geschäftsführender Gesellschafter Jurka P.S.A.  
GmbH

**Daniel Kapp**, Daniel Kapp Strategic Consulting & Responsible  
Communication GmbH

**Dr. Karl Kienzl**, stv. Geschäftsführer Umweltbundesamt

**Dr. Johannes Kopf**, LL.M., Vorstandsmitglied Arbeitsmarktservice

**Mag. Nikolaus Kowall**, Sektion 8 der SPÖ – Alsergrund

**Mag. Thomas Kratky**, kratkys.net

**Mag. Daniel Landau**, Obmann der Bildungs-NGO jedesK!ND

**Dr. Marcelline Langer**

**Mag. Rudolf Leeb**, Leiter Marketing Sponsoring Bawag PSK

**DDr. Karl Lengheimer**, ehem. Landtagsdirektor Niederösterreich

**Dr. Josef Lentsch, MA**, Leiter NEOS-Lab

**Dr. Fred Luks**, Leiter des Kompetenzzentrums für Nachhaltigkeit an der  
Wirtschaftsuniversität Wien

**Thomas Lutz**, Leiter Öffentlichkeitsarbeit, PR & Corporate Affairs,  
Unternehmenssprecher Microsoft Österreich

**LAbg. Mag. Lukas Mandl**

**MMag. Heidrun Maier**, Generalsekretärin des Verbands der öffentlichen  
Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs

**Mag. Dr. Bernhard Marckhgott**, Leiter Public Affairs Raiffeisenlandesbank  
Oberösterreich

**Mag. Cornelia Mayrbäurl**, Agenda Austria

**Georg Michenthaler**, IFES - Institut für empirische Sozialforschung

**Mag. Wilhelm Molterer**, Vizepräsident Europäische Investmentbank, ehem.  
österreichischer Vizekanzler

**Fredy Müller**, Geschäftsführender Gesellschafter Mueller Consulting &  
Partner

**Mag. Irina Nalis**, Jung von Matt

**Philippe Narval, M.Sc.**, Geschäftsführer Europäisches Forum Alpbach

**Claudine Nierth**, Mehr Demokratie e.V.

**Mag. Dr. Therese Niss, MBA**, Bundesvorsitzende der Jungen Industrie,  
Geschäftsführende Gesellschafterin High Tech Coatings GmbH

**Dr. Willi Nowak**, Geschäftsführer VCÖ Mobilität mit Zukunft

**Mag. Martina Pecher**, Pecher Consulting GmbH

**o. Univ.-Prof. Dr. Anton Pelinka**, Central European University (Budapest)

**Dr. Konrad Pesendorfer**, Generaldirektor Statistik Austria

**Dr. Ernest G. Pichlbauer**, Selbständig als unabhängiger Experte für Gesundheitsökonomie und Gesundheitsversorgung

**Dr. Ronald Pichler**, Leiter External Affairs GlaxoSmithKline Pharma

**Dr. Sigrid Pilz**, Wiener Pflege-, Patientinnen- und Patientenanwältin

**Mag. Franz Portisch**, Generalsekretär Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG

**Mag. Wolfgang Preisinger**, Geschäftsführer Die Fabrikanten

**Matthias Reisinger**, Geschäftsführer Impact HUB Vienna

**Mag. Stefan Richter**, Corporate Public Affairs OMV

**Mag. Martin Säckl**, eacon - European Affairs Consulting Group s.p.r.l.

**Dr. Franz Sattlecker**, Geschäftsführer Schloss Schönbrunn Kultur- und Betriebsges.m.b.H.

**Stefan Scharlmüller**, IG Demokratie

**Prof. Dr. René Schmidpeter**, Cologne Business School

**Mag. Alois Schrems**, Geschäftsführender Gesellschafter Resilience Consult

**Dr. Heidi Schrodt**, Vorsitzende der Initiative BildungGrenzenlos

**Ing. Gottfried Schuster**, Projektchallenging bei ÖBB-Infrastruktur AG

**Mag. Ursula Seethaler**, Geschäftsführerin kier communication consultants GmbH

**Mag. Alexandra Seidl**, Head of Communications Roche Austria GmbH

**Univ.-Prof. Dr. Sabine Seidler**, Rektorin der Technische Universität Wien

**Manouchehr Shamsrizi, MPP**, Generationendialog Berlin

**Dr. Margit Schratzenstaller-Altzinger**, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

**Mag. Mari Steindl**, Geschäftsführerin Interkulturelles Zentrum

**Mag. Martina Stemmer**, SOS Kinderdorf

**MMag. Agnes Streissler-Führer**, agnes streissler – wirtschaftspolitische  
projektberatung

**Dr. Anton Wais**, ehem. Vorstandsvorsitzender der Österreichischen Post AG

**em. o. Univ.-Prof. Dr. Manfred Welan**, Universität für Bodenkultur

**Bernhard Winkler**, Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

**Dr. Hans Zeger**, Geschäftsführer e-commerce monitoring



## **Autoren**

---

### **Walter Osztovics**

ist Politikberater und Partner von Kovar & Partners. Er verfügt über langjährige Erfahrung als Politikjournalist, war Redakteur bei der Wirtschaftswoche und bei den österreichischen Zeitungen Kurier, Format und Wochenpresse.

### **Andreas Kovar**

ist Partner von Kovar & Partners und seit fünfzehn Jahren als Public Affairs-Berater für europäische und internationale Unternehmen tätig. Seine profunden Kenntnisse der Politik sammelte er als politischer Berater im österreichischen Nationalrat und im Europäischen Parlament.

### **Bettina Fernsebner-Kokert**

ist Beraterin bei Kovar & Partners. Sie besitzt langjährige Erfahrung als Politikjournalistin, hat für das Wien-Büro der japanischen Tageszeitung „Yomiuri Shimbun“ gearbeitet und war Redakteurin bei der Tageszeitung „Der Standard“.





Kovar & Partners  
Dorotheergasse 7, A-1010 Wien  
Tel.: +43 (0) 1 / 522922 0  
[www.publicaffairs.cc](http://www.publicaffairs.cc)

Kovar & Partners ist ein Unternehmen  
der Public Affairs Alliance  
Wien – Berlin – Brüssel – Zürich  
[www.pa-alliance.com](http://www.pa-alliance.com)